

deshalb als unbestritten, weil wir sicher zu sein glaubten, das „wir“ bezieht sich jetzt auch wieder auf ehemalige DDR-Bürger, daß die Großmächte ihre Interessensphären gegeneinander zuverlässig abgesteckt hatten. Alle Konflikte, die es in den Nachkriegszeiten gegeben hat, fanden ihre Begrenzung durch den jeweiligen Machtbereich des anderen politischen Blocksystems.

Wir werden heute von berufenen Sachkennern einen Überblick über die verschiedenartigen Konzeptionen vermittelt bekommen, die in der Bundesrepublik Deutschland damals im Blick auf die Zukunft des geteilten Deutschlands entwickelt wurden. Dabei wird auch die Frage eine Rolle spielen müssen, wie man mit der politischen Verpflichtung des Grundgesetzes umgegangen ist. In der Präambel des Grundgesetzes von 1949 heißt es ja bekanntlich: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Wir werden auch etwas von der Einstellung der Sowjetunion gegenüber der deutschen Frage in den ersten Nachkriegsjahren hören. Noch immer wird darüber gestritten, ob Stalin zu einer bestimmten Zeit tatsächlich bereit gewesen sein könnte, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen.

Ich danke denen, die uns heute genauer informieren wollen, für Ihre notwendige Aufklärungsarbeit. Noch immer wuchern ja manche Legenden, durch die wir zum Kern der historischen Wahrheit durchstoßen müssen, wenn wir unsere Vergangenheit im geteilten Deutschland aufarbeiten wollen.

In der Hoffnung, daß uns dies heute ein Stück gelingt und wir auf unserem Weg ein Stück weiter kommen, möchte ich den ersten Vortragenden bitten, nach vorn zu kommen, und zwar Herrn Professor Dr. Horst Möller, den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Prof. Dr. Horst Möller: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren! Wir wissen durch die Zugänglichkeit vieler Quellen sehr viel über die Motive der beteiligten Politiker, Parteien und Gruppierungen an der Deutschlandpolitik der 1950er und 1960er Jahre. Viele der zentralen Quellenbestände sind veröffentlicht, beispielsweise in der großen Adenauerausgabe aus Rhöndorf, in den Veröffentlichungen der Fraktionsprotokolle von FDP und SPD bei der Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, durch die Veröffentlichung der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung für die Zeit zu Beginn der 1950er Jahre und andere Veröffentlichungen. Sie werden von mir nun nicht erwarten, daß ich in ungefähr einer halben Stunde auf die zahlreichen Einzelheiten, die wir jetzt durch die Veröffentlichungen genauer wissen, eingehe oder auch im einzelnen eingehe auf die zugänglichen Akten zur auswärtigen Politik der beteiligten Westmächte; die der damaligen Sowjetunion liegen in dieser Form, wie es für die Westmächte gilt, bisher immer noch nicht vor. Auf der anderen Seite gibt es auch hier inzwischen einzelne Erfolge in der Erforschung wesentlicher Grundprobleme. Auf ein Beispiel gehe ich nachher noch ein. Es

geht mir im folgenden im wesentlichen darum, die Grundlinien der Deutschlandpolitik in den 1950er Jahren bis zu Beginn der 1960er Jahre darzustellen, weil ich meine, daß manche der Streitfragen, auch die, die der Vorsitzende eben erwähnt hat über das Jahr 1952, sich allein schon durch eine angemessene Berücksichtigung der grundlegenden historischen Voraussetzungen zumindest relativieren, wenn nicht erledigen.

Zwei Faktoren, meine Damen und Herren, die Aufteilung Deutschlands und der weltpolitische Gegensatz zwischen den USA und ihren Alliierten auf der einen und der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten auf der anderen Seite, wurden zu Determinanten jeglicher Deutschlandpolitik nach 1945. Die Möglichkeiten für eine Beteiligung deutscher Stellen an der Entwicklung der deutschen Frage nach 1945 oder auch an außenpolitischen Entscheidungsprozessen insgesamt resultierten aus der Entwicklung dieses Dualismus von West und Ost seit Kriegsende, das heißt, diese Möglichkeiten setzten die Teilung Deutschlands faktisch voraus, da sie als einzige Gemeinsamkeit der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition übriggeblieben war: In den Überlegungen der Westalliierten **und** der Sowjetunion galt für lange Zeit die deutsche Teilung als Unterpfand für die Sicherheit vor einem soeben besiegten aggressiven deutschen Nationalismus.

Wir müssen also davon ausgehen, daß nach 1945, so unklar viele alliierte Konzeptionen und so uneinheitlich sie auch waren, zunächst einmal keinerlei Interesse, weder in West noch in Ost, daran bestand, einen deutschen Nationalstaat in dieser Form schnell zu reorganisieren, wie er bis 1945 oder auch bis 1933, um ein Datum vor der NS-Herrschaft zu nehmen, bestanden hatte. Und welche Wirkungen das in der politischen Mentalität hatte, das sehen Sie ja bis heute, etwa in der Veröffentlichung der Thatcher-Memoiren, daß also die Bereitschaft auch auf westlicher Seite, hier zu einer konstruktiven Deutschlandpolitik beizutragen, ja bis in unsere Tage hinein nicht überall gleichermaßen gut entwickelt war. Auch die Initiativen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand waren in der Wiedervereinigungsphase ja zumindest mißverständlich.

Damals, nach 1945, trat ein wesentliches mentales Element hinzu: Ganz anders als nach dem Ersten Weltkrieg näherten sich die Wünsche der Westdeutschen relativ schnell den politischen Wertvorstellungen der westlichen Welt an. Und in diesem Sinne muß man die **Deutschlandpolitik** immer in engem Konnex zur **Westintegration** der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Wertegemeinschaft, ich meine das zunächst einmal in einem politischen Sinn, bevor ich es in einem militärischen Sinn meine, berücksichtigen. Insofern ist die Westintegration der Bundesrepublik ein sehr viel komplizierterer Prozeß gewesen, als es in vielen vordergründigen Diskussionen erscheint, die immer nur auf die Frage der militärischen Integration, der EVG-Verträge oder der NATO konzentriert sind. Es handelt sich vielmehr um einen vielschichtigen

Prozeß mit einer Fülle politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher, auch psychologischer Faktoren und eben auch von Wertsetzungen.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen gestaltete die Bundesregierung seit 1949 ihre Deutschlandpolitik. Im folgenden werden Konrad Adenauer und die Bundesregierung deswegen eine stärkere Rolle erhalten als die anderen Politiker und Parteien, nicht weil sie geringzuschätzen seien, sondern deswegen, weil Adenauer zunehmend zur dominierenden und entscheidenden Figur der deutschen Politik in diesen Fragen wurde. Wir müssen, um die Beurteilung für die Zeit nach 1949 angemessen vornehmen zu können, aber ganz deutlich sehen, daß es zwischen 1945 und 1949 zwar Möglichkeiten zur politischen Diskussion gab, daß es eine Vielzahl auch außenpolitischer Konzeptionen innerhalb und außerhalb der Parteien gab, daß diese Konzeptionen aber mehr oder weniger theoretisch blieben. Von einer Außenpolitik im praktischen Sinne kann, zumindest bis 1949, nicht die Rede sein, und dies ist deswegen so wichtig, weil es auch die Frage, welchen Handlungsspielraum die Bundesregierung und der Bundestag nach 1949 besaßen, ganz entscheidend prägt. Diese frühen Diskussionen über Konzeptionen der Außenpolitik sind sicher auch von historischem Interesse. Sie sind auch von Interesse, weil sie die Fronten innerhalb der Parteien klären, weil sie die konzeptionellen Überlegungen wieder aufnehmen, die es über deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert gegeben hat, die immer wieder in späteren Phasen aktualisiert worden sind. Beispielsweise das Neutralismuskonzept, das der FDP-Politiker Pfeleiderer 1953 vertrat, ein Konzept, das zum Teil Bezug nahm auf ältere Konzepte deutscher Außenpolitik aus den 1920er Jahren, zielend auf eine Neutralität Deutschlands zwischen verschiedenen Machtgruppierungen, ich will für diese Zeit nicht von Blöcken sprechen. Auf der anderen Seite spielte es für Konrad Adenauer und andere Politiker durchaus eine Rolle, sich aus diesen Determinanten klassischer deutscher Außenpolitik der 1920er Jahre zu lösen, weil man der Meinung war, sie hätten in eine Sackgasse geführt, in eine Sackgasse, die zu einer Schaukelpolitik Deutschlands zwischen Ost und West führte, zu einem Sonderweg nicht nur außenpolitischer, sondern auch innenpolitischer Art, und die immerhin den Weg in die Diktatur mitbedingt hat. Das heißt also, bei denen, die von dem Neutralismuskonzept nichts wissen wollten, spielte die Verinnerlichung der historischen Erfahrung Deutschlands im 20. Jahrhundert eine ganz entscheidende Rolle. Es handelt sich hier nicht bloß, wie man manchmal geneigt ist anzunehmen, um kurzfristige tagespolitisch motivierte Entscheidungen, sondern durchaus um langfristige oder mittelfristige, historisch reflektierte politische Weichenstellungen.

Man muß sich auch zweitens bewußt sein, daß nach der im Herbst 1949 erfolgten Gründung der Bundesrepublik Deutschland zwar in einem weitergehenden, auch im einzelnen praktischen Sinn von Außenpolitik die Rede sein konnte, daß aber auch 1949 noch kein grundsätzlicher Handlungsspielraum zu

vollkommen anderen außenpolitischen Konzeptionen bestand. Die Einschränkungen ergeben sich nicht nur aus der Vorgeschichte, die im Frühjahr 1948 im wesentlichen beginnt. Das Jahr 1947/48 ist in gewisser Weise ein Epochenjahr für die Weichenstellung nach Westen, für die Absicht der Westalliierten, die drei Westzonen zu einem Staat oder immerhin staatsähnlichen Gebilde auszubauen, als Antwort auf das Vordringen der Sowjetunion nach Mitteleuropa. Ich rufe nur in Erinnerung im Februar 1948 den Staatsstreich der Kommunisten in der Tschechoslowakei, der vielen Beobachtern damals als eine Wiederholung, wenn auch mit ideologisch anderem Vorzeichen, des Hitlerschen Einmarsches und der Hitlerschen Tschechoslowakeipolitik erschienen ist und insofern die Notwendigkeit im Westen klar machte, daß hier eine Gegenreaktion erfolgen mußte. Ich will jetzt auf die einzelnen Schritte, die diese Gegenreaktion immer wieder provoziert haben, nicht eingehen. Nur ein besonders spektakuläres Beispiel will ich für die spätere Zeit nennen, 1950 den Korea-Krieg, der im Westen als Schock empfunden wurde und der nicht nur in der frühen Bundesrepublik selbst, sondern auch bei den Westmächten sehr schnell die Überlegung reifen ließ, daß Deutschland für die westliche Verteidigung notwendig sei. Schon 1950 haben beispielsweise Churchill und de Gaulle, de Gaulle wohl sicher als erster französischer Politiker zu der Zeit, Überlegungen für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag angestellt. Diese Situation, in der man auf westlicher Seite, weltweit von Korea bis zur Tschechoslowakei, die Erfahrungen der Jahre 1948 bis 1950 machte, das heißt, ein Vordringen der Sowjetunion fürchtete, stärkte ganz naturnotwendig nicht nur bei der Bundesregierung, sondern beispielsweise auch bei dem Oppositionsführer Kurt Schumacher die Überlegungen, der Westen müsse verteidigungsbereit sein und die Bundesrepublik könne sich dem nicht entziehen. Die Bedrohungssituation muß ernstgenommen werden.

Ernstgenommen werden für die Determinanten der westdeutschen Politik nach 1949 muß auch die Vorgeschichte, in der die Westalliierten der Londoner Sechsmächte-Konferenz im Frühjahr 1948 auf das Vordringen der Sowjetunion reagierten. Als dann die Frankfurter Dokumente am 1. Juli 1948 an die deutschen Ministerpräsidenten überreicht wurden, war der Weg in einen westlich orientierten Staat zunächst erst einmal vorgegeben. Die Reaktion der deutschen Ministerpräsidenten auf diese Vorgaben war durchaus situationsangemessen insofern, als man die damit verbundenen Risiken für die innerdeutsche Entwicklung durchaus sah. Es war aber nicht so, daß in der Ministerpräsidenten-Konferenz die auf die Übergabe der Frankfurter Dokumente der Westalliierten reagierte, eine parteipolitisch einheitliche Meinung geherrscht hätte. Beispielsweise gab es auf seiten der SPD etwa die Reaktion von Carlo Schmid für Württemberg-Hohenzollern, der sagte: Wenn wir diesen Weg gehen, dann schlagen wir die letzte Chance aus der Hand, zu einer deutschen Einheit zu kommen. Es gab auf der anderen

Seite Ernst Reuter, ich konzentriere mich jetzt auf die SPD, der sagte: Wir haben gar keine andere Möglichkeit, wir müssen die Westzonen wirtschaftlich stärken, wenn wir je die Chance haben wollen, auf die Sowjetzone zu wirken. Dieses ist eine Diskussion gewesen, die quer durch die großen politischen Parteien dieser Zeit ging, und man kann nicht sagen, daß die eine Partei so und die andere so gedacht hätte. Es gab unterschiedliche Stimmen, die sich, das muß man sagen, der Schwere des Problems durchaus bewußt waren. Man kann hier aber auch sehen, daß die spätere Formulierung der Politik der Stärke, die ja immer als eine Politik bloß Adenauers angesehen wurde, zu diesem Zeitpunkt eine Politik war, die auch von anderen geteilt wurde. Die berühmte Magnettheorie findet sich eben schon in den Formulierungen Schumachers, Magnettheorie insofern, daß man sagte, wenn die westlichen Zonen wirtschaftlich stark und attraktiv sind, dann werden sie einen Sog auf die sowjetische Zone ausüben. Diese Annahme verfolgte damals nicht nur Ernst Reuter, sondern auch Konrad Adenauer, der damals nicht zu den Ministerpräsidenten gehörte, aber eben auch Kurt Schumacher. Diese Weichenstellungen bis hin zu den Verfassungsberatungen und den Grundzügen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland waren Schritte zur ideellen und politischen Westintegration, schon bevor die Bundesrepublik im staatsrechtlichen Sinne gegründet war. Die Widerstände, die sich im Frühsommer 1948 gegenüber den Militärgouverneuren entwickelten, trafen auf eine sehr harte und unwirsche Reaktion, insbesondere bei General Clay, die die Bedenken der Ministerpräsidenten zurückwies. Auch dieses muß man ganz deutlich betonen, weil es zeigt, daß, zunächst einmal für das Jahr 1948, die Westalliierten jedenfalls nicht bereit gewesen wären, eine andere Politik als die der Westintegration zuzulassen.

Nun ist dieses keine Aussage darüber, was die Deutschen wollten, ich sagte ja, es hat sich sehr schnell ein Konsens der Westalliierten und der westdeutschen Bevölkerung über die politischen Grundweichenstellungen, was die Integration in eine demokratische, in eine Gemeinschaft demokratischer Staaten angeht, herausgebildet. Es korrespondierten zum Glück, und das war ganz anders als nach 1918/19, die westalliierten Vorgaben mit der verantwortlichen Entscheidungsbildung der führenden westdeutschen Politiker aller demokratischen Parteien in der Übergangsphase zwischen 1945 und 1949. Trotz vieler Einflußnahmen, die etwa auch am englischen Beispiel nachweisbar sind, auf die Grundgesetzberatungen, ist es eine Verfassung geworden, die die politischen Repräsentanten der Westdeutschen aus freien Stücken schufen, mit Einwirkungen auf die Finanzverfassung, auf die föderative Strukturierung des neuen Staatswesens usw. Aber es gab hier keinen grundsätzlichen Dissens. Aber man muß betonen, wenn es den gegeben hätte, wäre der Spielraum für die deutsche Politik in dieser Frage gleich Null gewesen. Und dieses muß man

berücksichtigen, wenn man für die Zeit nach 1949 fragt, welche Alternativen es zu der dann tatsächlich verfolgten Politik gegeben habe.

Konrad Adenauer hat diesen Zusammenhang in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 ganz klar beschrieben. Vor dem Deutschen Bundestag hat er u. a. ausgeführt: „Der einzige Weg zur Freiheit ist der, daß wir im Einvernehmen mit der Hohen Alliierten Kommission unsere Freiheiten und unsere Zuständigkeiten Stück für Stück zu erweitern versuchen... Es besteht für uns kein Zweifel, daß wir nach unserer Herkunft und nach unserer Gesinnung zur westeuropäischen Welt gehören.“ Und in bezug auf die Teilung Deutschlands konstatierte der neue Bundeskanzler damals 1949, und man könnte fast sagen, es hätte auch 1989 gesagt sein können: „Diese Teilung... ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, daß dann der Wiedervereinigung... nichts mehr im Wege steht.“

Es ist ausgeschlossen, daß ich nun im folgenden, nachdem ich diese Grundlagen ganz kurz skizziert habe, auf die einzelnen Stationen eingehe, die für die Deutschlandpolitik der nächsten zehn/fünfzehn Jahre entscheidend sind. Ich konzentriere mich auf die Grundlinien. Zunächst einmal ist zu konstatieren, daß die oft anzutreffende Meinung, Adenauer sei außerordentlich starr in seiner Außenpolitik gewesen, tatsächlich nicht zutrifft. Nicht nur, wie Peter Siebenmorgen gezeigt hat, daß er der erste war, der seit 1951 den Begriff „Entspannung, Entspannungspolitik“ brauchte, man kann sagen, bis in das hohe Alter, bis zu der berühmten Rede auf dem CDU-Parteitag schon als Alt-Bundeskanzler, in der er sagte, die Sowjetunion sei nicht mehr im militärischen Sinne als aggressiv anzusehen, weil sie in den Kreis der friedliebenden Mächte eingetreten sei und den Frieden brauche – also ich zitiere jetzt etwas locker aus dem Kopf – bis hin zu dieser Äußerung eines über 90jährigen zeigt sich eine erstaunliche flexible Reaktion auf politische Entwicklungen. Warum der Eindruck der Starrheit entstehen konnte, das liegt ganz sicher daran, daß die Grundlinien bei Adenauer in der Tat kontinuierlich durchgehalten werden. Die Grundoptionen sind in der Tat bei ihm von Anfang bis Ende identisch, aber ihre Praktizierung ist äußerst flexibel. In Einzelfragen hat er immer wieder ganz flexible Reaktionsfähigkeit gezeigt. Diese Grundorientierung Adenauerscher Außenpolitik ist insofern phänomenal, als sie bereits nach dem Ersten Weltkrieg beginnt. Bei den Reden etwa, die er zur Gründung der Kölner Universität gehalten hat, hat er ganz klar diese Wertorientierung zum Westen, die Versuche, zu einer Verständigung mit Frankreich und den Westmächten schon zu dieser Zeit zu kommen, unterstrichen. Dem wohnte bei Adenauer ganz eindeutig ein antipreußisches Element inne, Preußen im Sinne des alten Hegemonialstaates des Kaiserreichs. Und die Orientierung, die er dort gehabt hat, auch Vorschläge schon 1919 zu einer Wirtschaftsgemeinschaft

mit Frankreich, die damals sicher illusionär waren, hat sich mutatis mutandis durchgehalten.

Diese Verbindung klarer Grundkonzeptionen und Flexibilität in den Einzelfragen ermöglichte es dann der Bundesregierung, Rückschläge in außenpolitischen Gestaltungsfragen sehr flexibel aufzufangen. Ein solcher massiver Rückschlag für Adenauers Politik war beispielsweise das bekannte Scheitern der EVG 1954. Das führte aber nicht zu einer Änderung des außenpolitischen Kurses, zumal dann, dieses ist sicher ein Glücksfall für Adenauers Politik gewesen, den er nur ganz begrenzt beeinflussen konnte weil situationsbedingt, Alternativen zur EVG im Gesamtrahmen dieser kontinuierlich verfolgten Politik der Westintegration möglich waren. Dazu gehörten auch die mit dieser alten Preußenanimosität des Rheinländers, der einer Region entstammte, die in Preußen im 19. Jahrhundert sozusagen mehr oder weniger zwangsintegriert wurde, einhergehende immer stärkere Betonung, daß der Gegner nun Asien sei, und seine bekannten Animositäten bis hin zu den schönen Anekdoten, daß, wenn er als Präsident des preußischen Stabsrates nach Berlin fuhr, bei Braunschweig immer die Vorhänge zuzog, weil er sagte, hier beginne Asien, oder die Bemerkung über seine Backenknochen, er habe asiatische Vorfahren, eine Großtante, die im Harz wohne. Diese Bemerkungen zeigen – selbst wenn sie nicht authentisch sind, sind sie gut erfunden –, daß hier mit der Westorientierung durchaus eine Ablehnung dessen, was er als Gegnerschaft zu den westlichen Werten ansah, erfolgte, und natürlich hatte dieses nichts zu tun mit den Völkern oder Staaten Asiens, sondern mit der kommunistischen Herrschaft der Sowjetunion, die für ihn eine barbarische Herrschaft war.

Adenauers Option für ein liberal-demokratisches System westlichen Typs unterlag angesichts dieser von ihm bereits 1947 in einem Brief an Paul Silverberg benannten Frontstellungen, die dann den Kalten Krieg zwischen West und Ost prägen sollten, keinem Zweifel: Eine wie immer geartete Neutralität Deutschlands konnte es für ihn nicht geben. Dies galt für die ethischen Grundlagen ebenso wie für die innenpolitische Gestaltungsformen des neu zu errichtenden Deutschland. Es galt aber auch für seine außenpolitische Lagebeurteilung, zu der die Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich ebenso gehörte wie die Ablehnung eines Neutralitätskurses, einer Schaukelpolitik zwischen West und Ost, und es galt ebenso für seine Einkreisungsangst, die er wie viele deutsche Politiker seiner Generation, auch solche ganz unterschiedlicher politischer Orientierung, hatte; die Einkreisungsangst nämlich derjenigen, die die Zeit vor dem ersten Weltkrieg noch im Gedächtnis hatten und die meinten, wenn sich Deutschland nicht eindeutig orientiere, und das konnte in diesem Fall nur eine Westorientierung sein, dann bestehe wieder einmal die Gefahr, daß Rußland und Frankreich sich auf Kosten Deutschlands verständigten. Solche Einkreisungsängste mögen für diese Zeit nicht mehr sehr realistisch gewesen sein, aber sie sind Prägungen einer Generation, für die dieses noch

gegenwärtige Bedeutung hatte. Diese Konzeption Adenauers paßte zunehmend in die weltpolitische Konstellation, wie sie sich durch die Trennung in zwei Gruppen der Besatzungsherrschaft, in die sowjetische Besatzungszone und die drei westlichen Besatzungszonen, entwickelte. Da Adenauer eine solche Westorientierung nicht mit einem Gesamtdeutschland gehen konnte, ging er, und ich meine, er konnte ihn nicht anders gehen, allein mit dem dann entstehenden westdeutschen Teilstaat, wobei man immer wieder betonen muß, daß sein unmittelbarer Einfluß auf die Politik, trotz vieler Einflußnahmen vorher, aber sein starker Einfluß ja erst 1949 beginnen konnte. Seine politische Werteskala lautete dann auch in Anlehnung an eine Formulierung Eugen Gerstenmaiers, und zwar in dieser Reihenfolge, auf die kommt es an, und nicht etwa gleichrangig: Freiheit, Frieden, Einheit.

Angesichts dieser Ausgangssituation wird deutlich, welchen Rang die Verständigung mit allen Westmächten, aber insbesondere mit Frankreich, einnehmen mußte, zumal sie sehr viel schwieriger erreichbar war als die Verständigung mit der angelsächsischen Welt, etwa mit den USA, da Frankreich, eben anders als die USA, unter der NS-Besatzungsherrschaft gelitten hatte und im übrigen auch nach 1945 in unmittelbarer territorialer Nachbarschaft aber auch wirtschaftlicher Konkurrenz zu Deutschland stand.

Nach 1949 spielte sich die Politik der Bundesrepublik Deutschland, welche Konzeption man auch immer zugrunde legen wollte, in dem dauernden Spannungsverhältnis zwischen der faktischen Teilung und dem grundgesetzlich vorgegebenen fortbestehenden Anspruch auf die deutsche Einheit ab. Und diese grundsätzliche Problematik, dieses grundsätzliche Spannungsverhältnis bildete dann auch die wesentliche Ursache für den Streit der politischen Parteien über die einzelnen Schritte der Westintegration der Bundesrepublik. Doch betraf, zu diesem Zeitpunkt, der Streit der Parteien nicht das Ziel der Wiedervereinigung, im wesentlichen nicht einmal die Tatsache der Westintegration, sondern den bestmöglichen Weg dorthin, der die deutsche Frage eben so lange wie möglich offen halten würde. Der Grundkonsens der demokratischen Parteien, der in der Präambel des Grundgesetzes kondensiert war, wurde nicht in Frage gestellt. Es ging um die Frage des Weges, nicht des Ziels.

Bestand zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP bis kurz vor dem Abschluß des sogenannten Deutschlandvertrages am 26. Mai 1952 in der Gestaltung der Deutschlandpolitik wie der Westintegration keine wesentliche Differenz, so zeigten sich zur Konzeption der SPD, die bis 1952 entscheidend von Kurt Schumacher bestimmt war, dann erhebliche Differenzen.

Schumachers Vorstellungen waren in hohem Maße von gesellschaftspolitischen Überzeugungen geprägt. Daß die Reorganisation Europas in seinen Augen stärker von konservativen und kapitalistischen Elementen bestimmt wurde als von sozialistischen, brachte Schumacher dann seit 1948/49, verstärkt nach der Wahlniederlage oder der Wahl, die von ihm als Niederlage empfunden

wurde, in eine Frontstellung zur Westintegration, obwohl er, und auch das muß immer wieder betont werden, so bis 1948/49 nicht eingestellt war. Er war durchaus auch zu dieser Zeit ein Anhänger der Westintegration. Der Zug zur stärkeren Betonung der Programmatik verstärkte sich naturgemäß bei der SPD, als sie dann nach 1949 in die Opposition kam und insofern an der wirklichen Gestaltung der Außenpolitik viel weniger beteiligt war als die Regierungsparteien. Man muß auch betonen, daß es durchaus Übereinstimmung der Adenauerschen und Schumacherschen Konzeptionen zu Anfang gegeben hat, die auch in manchem bis zum Tode Schumachers erhalten blieb.

Beide, Adenauer und Schumacher, waren dezidiert antikommunistisch. Schumacher sprach von den Kommunisten als von den „rotlackierten Faschisten“. Beide waren überzeugte Verfechter der Magnettheorie, also der wirtschaftlichen und politischen Attraktivität und Stärke der Bundesrepublik, die dann die Sowjetzone notwendig an sich ziehen würde, und beide, in dem wohlverstandenen friedlichen Sinn, also nicht im militärischen, waren Anhänger einer Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion – was nicht zu verwechseln ist mit irgendwelchen militärischen Aggressionsabsichten. Der Punkt, warum man hier immer einen Gegensatz gesehen hat, liegt sicher an vielen, ganz individuellen charakterlichen Unterschiedlichkeiten der beiden, liegt an dem Temperament, der spezifischen Lebenssituation Schumachers und den dadurch provozierten sehr scharfen Attacken auf Adenauer, die aber viele, in der Frühphase, zumindestens bis 1951, doch noch bestehende Übereinstimmungen überdeckt hat.

Der wesentliche Unterschied Schumachers zu Adenauer lag in zwei Punkten: In einem war er illusionär. Illusionär in bezug auf die Möglichkeiten, Europa als eine vom demokratischen Sozialismus dominierte Kraft zwischen den Blöcken zu etablieren. Er wollte durchaus eine westliche Integration, aber er wollte im ideologisch verfassungsmäßigen, wirtschaftspolitischen Sinn durchaus ein Mittelding. Dieses ist eine Inkonsequenz seiner Politik gewesen, weil an der Ablehnung aller Varianten des Kommunismus bei ihm kein Zweifel besteht. Der zweite wesentliche Unterschied zu Adenauer war seine Unbeweglichkeit in bezug auf die USA, denen er sehr viel skeptischer gegenüberstand, und zwar deswegen, weil er sie als die Vormacht des Kapitalismus betrachtete. Aus dieser ideologischen Ablehnung sind bei ihm immer wieder auch außenpolitische Resultate entstanden, die ihn unbeweglich machten.

Man muß dazu sagen, was die Illusionen angeht, die ich erwähnt habe, Schumachers Politik traf auf keine Gegenliebe bei den sozialistischen Parteien der westlichen Staaten. Guy Mollet etwa hat verschiedentlich beklagt, daß Schumachers Form des Auftretens die deutsche Sozialdemokratie in den Geruch des Nationalismus bringe. Man bestritt nicht seine Integrität, aber

selbst die französischen Sozialisten verhandelten lieber mit anderen Politikern als mit dem Führer der Sozialdemokraten.

Was folgte daraus für die Praxis? Schumacher betonte sehr viel stärker als Adenauer den im Bonner Grundgesetz angelegten Provisoriumscharakter des westdeutschen Staates. Schumacher kritisierte im wesentlichen nicht die Westbindung, sondern die Form und manche Inhalte dieser Westbindung, so daß man sagen kann, bis 1952, bis zu seinem Tod, gab es immer noch ein Stück Grundkonsens. Das Auseinanderentwickeln der SPD-Position und der der damaligen Regierungsparteien beginnt zwar in den letzten Lebensmonaten Schumachers, aber es wirkt sich erst nach 1952 voll aus. Für diese Zeit, bis 1957/58, gibt es in der Tat einen grundlegenden Dissens über sehr viele Fragen, obwohl man auch hier nicht unterschätzen soll, daß es auch Gemeinsamkeiten gibt. Die SPD-Opposition stimmt beispielsweise den Römischen Verträgen zu, mit vielen Kritikpunkten. Aber Kritik an den Römischen Verträgen gab es auch beispielsweise innerhalb der CDU bei Ludwig Erhard über viele wirtschaftspolitische Strukturen der Römischen Verträge.

Also nur für diesen Zwischenraum wird man davon sprechen können, daß es eine mehr oder weniger grundsätzliche Opposition der SPD zur Regierung gegeben hat, die über die Gestaltung von Einzelfragen hinausging.

Für Adenauer andererseits und die Bundesregierung insgesamt blieb zwischen 1949 und 1955 das vorrangige Ziel die Wiedererringung der völkerrechtlichen Gleichberechtigung und der staatlichen Souveränität der Bundesrepublik. Dieses Ziel suchte er durch schrittweise Erweiterung des deutschen Handlungsspielraumes zu erreichen. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 stellte den ersten Schritt in diese Richtung dar. Ihm folgte dann der am 18. April 1951 geschlossene Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Dieses ist nun das erste Beispiel, daß Schumacher wirklich voll auf Konfrontationskurs geht, weil er hier durchaus einmal deutsche Benachteiligung sieht, zum anderen aber einen Vertrag zwischen kapitalistischen Mächten. Im übrigen stand Schumacher hier keineswegs dominierend in der Ablehnung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, denn eine sehr starke und gewichtige sozialdemokratische Minderheit um Wilhelm Kaisen und Ernst Reuter beispielsweise hielt diese Verträge im Prinzip für richtig.

Einen weiteren Meilenstein, der dann allerdings auch zu Problemen innerhalb der Koalition führte, bildete der Deutschlandvertrag. Er stieß sowohl bei der FDP als auch in Teilen der CDU auf Kritik. Der Widerstand richtete sich vor allem gegen die sogenannte „Bindungsklausel“ im Artikel VII, Absatz 3 des Vertragswerkes, der für den Fall der Wiedervereinigung den automatischen Eintritt des wiedervereinigten Deutschlands in die Rechte aus dem Deutschlandvertrag vorsah. Einer der Opponenten in der CDU, der

wesentliche, war Bundesminister Jakob Kaiser, weil er in dieser Klausel eine Möglichkeit für die sowjetische und sowjetzonale Propaganda sah, die Echtheit des Willens der Westmächte und der Bundesrepublik zur Wiedervereinigung zu bestreiten.

Bedrohlicher für die Politik des Kanzlers in dieser Frage war jedoch die Opposition durch den eigenen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Heinrich von Brentano. Adenauer entschloß sich in dieser Sackgasse, Brentano zum amerikanischen Außenminister Dean Acheson zu schicken, um gegebenenfalls eine Neuformulierung zu erreichen. Die neue Fassung, formuliert von dem New Yorker Völkerrechtler Philip Jessup, hob die automatische Bindung eines künftigen Gesamtdeutschland auf, so daß der Koalitionsstreit darüber beizulegen war. Brentano stimmte dieser Fassung dann zu.

Ähnliche Vorbehalte gegen den „Bindungsautomatismus“ formulierte damals auch die FDP, deren Widerspruch anfangs keineswegs nur aus der – nach Nichtberücksichtigung Dehlers bei der Kabinettsbildung 1953 – entstandenen persönlichen Gegnerschaft zwischen dem ehemaligen Bundesjustizminister und Adenauer resultierte. Diese Gegnerschaft, die ja sehr persönliche Züge trug, wirkte sich politisch erst nach der Mitte der 50er Jahre aus, 1957/58, wie auch die berüchtigte Abrechnung Dehlers mit Adenauer über die vermeintlich 1952 versäumten Chancen keine Einschätzung Dehlers aus dem Jahre 1952 wiedergibt, sondern erst Jahre später von ihm formuliert worden ist. Es gibt in seinem Nachlaß Belege dafür, daß er sich das Material erst vor dieser Rede hat beschaffen lassen. Es ist also eine retrospektive Argumentation gewesen.

Adenauers Bestreben, die volle staatliche Souveränität zurückzugewinnen, manifestierte sich in der Änderung des Deutschlandvertrages vom 23. Oktober 1954. In Artikel 1, Absatz 2 hieß es ausdrücklich: „Die Bundesrepublik wird die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.“ Der deutschlandpolitische Vorbehalt, demzufolge die alliierten Mächte für Angelegenheiten zuständig blieben, die Deutschland als Ganzes bzw. Berlin betrafen, blieb aber in Kraft, ebenso die militärische Präsenz der drei Westmächte. Der letzte Schritt zur Erringung der vollen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in bezug auf ihre Innen- und Außenpolitik wurde dann bekanntlich mit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 getan. Aber auch hier spielte weiterhin der deutschlandpolitische Vorbehalt faktisch eine Rolle.

Bis 1954 bestand in der Frage der Verwirklichung dieser Politik kein grundlegender Dissens innerhalb der Koalition, d.h. zum wichtigsten Koalitionspartner, zur FDP, die im November 1952 auf ihrem Parteitag in Bad Ems den Zusammenschluß der freien Völker Europas, positive Anstrengungen zur Entspannung in Ost und West und nicht zuletzt auch die Ratifizierung der

EVG-Verträge und des Deutschlandvertrages forderte. Bis hier also Einigkeit.

Anders von diesem Zeitpunkt an die SPD: Sie opponierte inzwischen grundsätzlich gegen den Abschluß der Europa-Verträge, da die Bundesregierung nicht legitimiert sei, so weitreichende militärpolitische Vereinbarungen zu treffen. Im Falle der Verabschiedung dieser Verträge kündigte die Partei vorsorglich an, eine Revision anzustreben. Die Wahlniederlage 1953 erschütterte dann die SPD derart, daß ihre Desorientierung in der Deutschland- und Außenpolitik eher noch wuchs. Allerdings muß man auch sehen, daß sich ab 1954/55 der Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Westverträge abzuschwächen begann, daß beispielsweise in der Frage der Wiederbewaffnung Fritz Erler und andere Politiker, besonders er, großen, konstruktiven Einfluß auf die Gestaltung der Militärpolitik nahmen. Auch die eindeutige Unterordnung des Militärischen unter das Politische ist durchaus ein Ergebnis der konstruktiven Zusammenarbeit, hier der Militärpolitiker oder Verteidigungspolitiker, gewesen.

In der Logik der deutschland- und außenpolitischen Konzeption der Bundesregierung und in der Logik der westalliierten Politik und der Westintegration war es dann nur konsequent, sich durch Stalins Notenoffensive im Frühjahr 1952 nicht irritieren zu lassen. Auf die Einschätzung, hier sei durch die Bundesregierung eine wirkliche Chance zur Wiedervereinigung vertan worden, will ich hier nicht näher eingehen. Herr Wettig wird ja darüber noch sprechen. Nach meiner Einschätzung, lassen sie mich das so deutlich sagen, handelt es sich hier um eine periodisch wiederkehrende – und eher aus politischen als aus wissenschaftlichen Gründen – wiederkehrende Hypothese, die dann schließlich, und Herr Wettig hat nun in seinen wichtigen Beiträgen im Deutschland Archiv einen wesentlichen Schritt dazu getan, ausschließlich aus den Akten des sowjetischen Außenministeriums oder des Politbüros verifiziert oder falsifiziert werden könnte. Ich meine, daß der Beitrag von Herrn Wettig nun doch eindeutig in Richtung auf die Falsifizierung dieser Hypothese hinausläuft. Trotzdem muß man für die historische Beurteilung einige Punkte sich immer wieder klar machen. Die sowjetischen Noten waren ja tatsächlich nicht an die Bundesregierung gerichtet, sondern an die drei Westalliierten. In der Ablehnung stimmten zwar Adenauer und die Westalliierten überein, aber wie wir aus den Akten der Westmächte inzwischen wissen, selbst wenn Adenauer hätte stärker darauf eingehen wollen, hätten die Westalliierten dieses nicht getan. Bis heute muß man eben realistischerweise von einer „Legende der verpaßten Gelegenheiten“ sprechen. Und es überrascht eigentlich für Historiker schon, daß bei dieser Hypothese eigentlich ein normaler Grundsatz der Quellenkritik schon außer acht bleibt, eben der zu fragen: Was meinte etwa Stalin, was meinten die Kommunisten, wenn sie von freien Wahlen sprachen? Erst einmal ist es nicht so, daß sie in der ersten Note die Wahlen angeboten hätten, sondern

sie haben hinterher dem nicht widersprochen, das ist die Chronologie, die von Bedeutung ist.

Das Zweite ist, was von kommunistischer Seite als freie Wahlen bezeichnet worden ist, haben wir bis 1989 ja immer wieder sehen können, das heißt, jeder Sowjetologe, jeder Kommunismusforscher weiß, wie wichtig die Analyse der Begriffe in diesem Fall ist. Und dieses ist unterblieben, wenn man hier doch recht naiv oder gutgläubig meint, daß man hier die Quellenkritik unterlassen könne. Das Dritte ist, über die freien Wahlen kam es ja bekanntlich zum Streit, über die Frage wurde ja nicht erst 1952, sondern schon seit 1951 intensiver diskutiert, weil es die Sowjetunion ablehnte, diese Wahlen unter UNO-Kontrolle in Gesamtdeutschland durchführen zu lassen, weil sie vorher eine paritätische gesamtdeutsche Regierung bilden wollte, die nach westlicher Auffassung ja überhaupt nicht demokratisch legitimiert sein konnte. Das heißt also, das, was für demokratische Staaten das Normale ist, erst wird die Volksvertretung gewählt, und daraus wird dann eine Regierung gebildet, in unterschiedlichen Formen kann das geschehen, aber jedenfalls die Chronologie darf nicht umgekehrt werden, dieses war für die Sowjets überhaupt kein Thema.

Im übrigen konnte man nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes in Berlin und Ostdeutschland oder in der Sowjetischen Besatzungszone oder in der DDR, wie immer man die Begriffe wählen möchte, 1953 nun wiederum sehen, wie an der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956, später an den Reaktionen 1968 auf die Tschechoslowakei, daß die Sowjetunion, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, in keiner Weise bereit war, Staaten ihres Machtbereichs in die völlige Selbständigkeit zu entlassen. Ich betone das so stark, weil zur Bewertung der Einzelfragen es oft ganz hilfreich ist, die Logik und die zwangsläufigen Determinanten für solche politischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Die Europapolitik, um die es danach ging, nachdem 1955 die erste wesentliche Phase abgeschlossen war, war eine Politik, in der die Bundesregierung und Adenauer persönlich relativ flexibel blieben. Er selbst stimmte sowohl supranationalen Lösungen zu, wie sie etwa der Schuman-Plan in bezug auf die europäische Montanindustrie enthielt, weil den französischen Wirtschaftsinteressen und dem Sicherheitsbedürfnis Rechnung getragen wurde. Er stimmte aber auch lockereren Gestaltungsformen wie den Römischen Verträgen von 1957 zu, die die Kompetenzen der einzelnen nationalen Regierungen in wesentlichen Fragen nicht antastete. Wesentlich für Adenauer war, daß er Vertrauen bei den westlichen Staaten dadurch gewann, daß die Politik der Bundesregierung und der Bundesrepublik verlässlich war. Wenn man später von den „vertrauensbildenden Maßnahmen“ für die 70er/80er Jahre gesprochen hat, so muß man sagen, für ihn war das schon in den 50er Jahren eigentlich ein ganz wesentliches Mittel der Politik. Ein Beispiel dafür ist die umstrittene

Saarfrage gewesen, wo er sehr viel flexibler war als die meisten Politiker seiner eigenen Partei, aber auch der FDP und auch der SPD, weil er sagte, die Saarfrage können wir dann später lösen, jetzt müssen wir erst das Verhältnis zu Frankreich klären. Auch hier kam ihm die Entwicklung zugute, ohne daß er sie in diesem Fall besonders hätte beeinflussen können.

Ich will nur noch wenige Bemerkungen zu dem Dissens der Parteien in der Mitte der 50er Jahre machen. Die FDP hat sich dann bis zum Bruch der Koalition im Februar 1956 unverkennbar von einer anfänglichen Europaeuphorie zu einer stärker nationalstaatlich-gesamtdeutschen Politik hin bewegt, während die SPD, wohl auch unter dem Eindruck der zunehmenden Bejahung des Westkurses in der Bevölkerung – die Meinungsumfragen zeigen das ganz klar – immer mehr von einem bloß negativen zu einem konstruktiven Oppositionskurs zurückfand. Persönlichkeiten wie Fritz Erler, Herbert Wehner, Helmut Schmidt haben ja hier eine wesentliche Rolle gespielt. Ihnen allen ist das noch im Gedächtnis, bis hin zur Rede von Herbert Wehner im Deutschen Bundestag am 30. Juni 1960, mit der die grundsätzliche Opposition der SPD zur Politik der Bundesregierung in bezug auf die Frage der Westintegration und auch der Deutschlandpolitik abgeschlossen wurde. Ich kann jetzt nicht auf die verschiedenen Deutschlandpläne eingehen, die in der SPD formuliert und dann 1960 fallengelassen worden sind, auch nicht auf die von Erich Mende, der, als er auf dem Bundesparteitag der FDP im Januar in Stuttgart 1960 zum Vorsitzenden der FDP gewählt worden war, die FDP wieder an die Bundesregierung und damit an die CDU annäherte.

Ich versuche jetzt, vieles nur noch mit einigen Stichworten zu nennen. Was man mit Stichworten nennen muß, ist die beginnende Ostpolitik in den 50er Jahren, die eben wiederum die Flexibilität in der deutschen Frage zeigt, beginnend mit dem Gespräch mit Smirnow, das Adenauer im Dezember 1957 hatte, bis hin zu den Globke-Plänen, die anvisierten, ob man nicht zeitweise zu einer Art Österreich-Lösung für Deutschland kommen könne; dann die Versuche unterhalb der diplomatischen Anerkennung, die durch die Hallstein-Doktrin ausgeschlossen war, zu Handelsverträgen zu kommen, wie sie etwa der Außenminister Gerhard Schröder damals mit verschiedenen osteuropäischen Staaten abgeschlossen hat. Man muß sagen, von Adenauers Moskau-Besuch 1955 angefangen hat es immer wieder bis zur Berlin-Krise 1958 Versuche gegeben, auch die Deutschlandpolitik wieder in Bewegung zu bringen. Es hat diese auch nach 1963 in der CDU/CSU-FDP Koalition gegeben. Nur auch hier muß man konstatieren: Man kann eine konstruktive Politik natürlich nur dann machen, wenn sie auf Resonanz stößt. Wenn man denkt, daß der damalige sowjetische Ministerpräsident Kossygin noch 1965 eine Einladung Erhards, also 10 Jahre nach Adenauers Moskau-Besuch, zum Gegenbesuch in der Bundesrepublik ablehnte, dann sieht man die Verhärtungen während des Kalten Krieges und wie gering die Spielräume für Bewegung

waren. Aber der Versuch, Bewegung zu schaffen, ist immer wieder auf unterschiedlichen Ebenen gemacht worden.

Meine Damen und Herren, haben sie vielen Dank, daß Sie so lange geduldig zugehört haben.

(Beifall – Hinweis: Abg. Koschyk äußert den Wunsch, die schriftliche – ausführlichere – Fassung des Vortrags in den Anhang des Protokolls zu nehmen. Dagegen wird kein Widerspruch laut, so daß die Sitzungsvorsitzende dies zusagt – vgl. Anlage.)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Professor Möller, vielen Dank. Jetzt ohne lange Zwischenrede angesichts der fortgeschrittenen Zeit, aber wir haben Ihnen allen mit großem Interesse und großer Spannung gelauscht, bitte unser Kollege und Mitglied der Enquete-Kommission, Herr Dr. Faulenbach.

Dr. Bernd Faulenbach: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Aufgabe der Enquete-Kommission ist es, nicht nur zur Klärung historischer Tatbestände beizutragen, sondern auch die Maßstäbe des Urteils über die jüngste Geschichte zu überprüfen. Hier scheint mir noch vieles zu leisten zu sein. Die Umwälzung 1989/90 hat nicht lediglich eine Fülle von Aktenmaterialien zugänglich gemacht, die es systematisch und methodisch reflektiert auszuwerten gilt, sie hat vielmehr auch unsere Perspektive, in der wir die Nachkriegszeit sehen, verändert. Dies gilt insbesondere für die Deutschlandpolitik, bei der sich die Frage der Maßstäbe neu stellt.

Die Vereinigung zwingt dazu, die Nachkriegsgeschichte nicht nur aus westdeutscher *oder* ostdeutscher, sondern aus west- *und* ostdeutscher Perspektive zu sehen. Man muß offen eingestehen, daß wir uns daran gewöhnt hatten, die Geschichte der DDR und die Geschichte der Bundesrepublik getrennt voneinander zu behandeln. Man denke an die zahlreichen Geschichten der Bundesrepublik und die Geschichten der DDR, etwa das große sechsbändige Werk zur Bundesrepublik Deutschland von Bracher, Eschenburg u. a.

Heute müssen die Westdeutschen versuchen, die Nachkriegsgeschichte auch mit ostdeutschen Augen in den Blick zu nehmen, selbstverständlich gilt dies auch umgekehrt. Die Deutschlandpolitik 1949–1963 mag hier als ein Testfall herangezogen werden, an dem die neue gesamtdeutsche Perspektive zu erproben ist.

Die Deutschlandpolitik dieses Zeitraumes wurde entscheidend von Konrad Adenauer bestimmt, man spricht von einer „Ära Adenauer“. In der alten Bundesrepublik hatte sich zuletzt ein Bild der Adenauerschen Politik durchgesetzt, in dem Adenauer als Politiker galt, der die Nationalstaatsidee für die Deutschen relativiert hatte, der die europäische Integration der Bundesrepublik vorangetrieben und den politisch-ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik ermöglicht hatte. Selbst prominente Sozialdemokraten, wie etwa Erhard Eppler

in seiner Rede am 17. Juni 1989 vor dem Bundestag, zollten Adenauer nun für seine Außenpolitik Anerkennung, auch wenn sie bestimmte Defizite anmerkten und die Komplementarität der Politik der Westbindung durch einen Ausgleich mit dem Osten betonten.

Diese Politik ist erneut zu betrachten, wobei auch die Schattenseiten mit zu sehen sind. Die Zweistaatlichkeit dauerte immerhin 40 Jahre, mehr als eine Generation lang. Man muß sich das damit gegebene Ausmaß vermindelter Lebenschancen für die Menschen in der DDR vergegenwärtigen. Das Schicksal der Menschen in der DDR ist die Kehrseite der Entwicklung der Bundesrepublik. Dies heißt nicht, um dies gleich hier zu sagen, daß dieser Tatbestand eindeutig oder gar alleine der Adenauerschen Deutschlandpolitik anzulasten ist. Doch stellt sich noch einmal die Frage, ob nicht eine andere Entwicklung möglich gewesen wäre und falls ja, zu welchem Preis.

Allerdings wird neuerdings versucht, die Wiedervereinigung als das Ergebnis der Adenauerschen Politik darzustellen – eine, wie ich meine, überaus anfechtbare These, die die Jahrzehnte nach Adenauer für irrelevant erklärt, gleichsam wegeskamotiert. Zudem ist offensichtlich, daß das Adenauerbild vor der Vereinigung, in dem die antinationalstaatliche Dimension seiner Politik akzentuiert worden war, mit dem Bild Adenauers nach der Vereinigung, als des Vaters der Wiedervereinigung, in einer unübersehbaren Spannung steht. Lassen Sie mich dies im folgenden etwas näher ausführen.

Ich möchte zunächst Grundzüge der Adenauerschen Deutschland- und Außenpolitik 1949–1955 umreißen, dann nach den Kozeptionen seiner Gegner und Kritiker fragen, in einem dritten Schritt die Deutschlandpolitik 1955–1961 behandeln und schließlich die Suche nach Neuansätzen in den 60er Jahren noch kurz ansprechen. Zunächst zum ersten Punkt, zu Grundzügen der Adenauerschen Deutschlandpolitik.

I.

Schon zahlreiche Zeitgenossen haben Adenauers Politik, das ist auch hier eben von Herrn Möller angesprochen worden, als stark „westdeutsch geprägt“ bezeichnet, wobei häufig auf seine Rolle als Kölner Oberbürgermeister und auf seine antipreußische Orientierung verwiesen worden ist. Vielfach ist eine Diskrepanz zwischen seinen Worten zur Wiedervereinigung und seiner tatsächlichen Politik konstatiert worden bis hin zu der Behauptung, die Wiedervereinigungsrhetorik habe die Westintegrationspolitik lediglich absichern, gleichsam verschleiern sollen und sei deshalb, ich zitiere Josef Foschepoth, „die Lebenslüge der Bundesrepublik bzw. der Regierung Adenauer“ gewesen. Dem standen und stehen Einschätzungen gegenüber, die Adenauers Äußerungen zur Deutschlandpolitik ernstnehmen. Rudolf Morsey etwa hat in seiner Expertise

für diese Kommission gemeint, es gebe „keinen quellenmäßigen Beleg“ für die These, daß Adenauer die Bundesrepublik als „das im Westen politisch saturierte Deutschland angesehen und die dauernde Teilung der Nation in Kauf genommen, wenn nicht gar angestrebt habe“.

Sicherlich ist die Einengung der Diskussion über die Politik der Bundesregierung und der Koalition auf Konrad Adenauer problematisch. Keine Frage, daß Jakob Kaiser eine ganz andere deutschlandpolitische Grundposition vertrat und auch Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier u. a. keineswegs in jeder Hinsicht zu allen Zeiten mit Adenauer übereingestimmt haben. Dennoch war Adenauer die bestimmende Figur. Arnulf Baring hat seine Untersuchung über die Außenpolitik in den frühen 50er Jahren mit dem Satz begonnen: „Im Anfang war Adenauer.“ Deshalb sei hier Adenauers Ansatz etwas näher charakterisiert.

Erstens: Adenauer ging es vorrangig um die auf dem Hintergrund der weltpolitischen Konstellationen mögliche westeuropäische Integration. Sie war für ihn nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, wobei historische Erfahrungen für Adenauer eine wichtige Rolle spielten.

Zweitens: Adenauer ging es um die Verteidigung der Freiheit, d.h. der Sicherheit der Bundesrepublik, die er durch sowjetischen Expansionsdrang gefährdet sah. Er war in diesem Punkt zu keinerlei Risiken bereit und lehnte deshalb jede Beschäftigung mit Neutralitätsvorstellungen ab, die aus seiner Sicht die Gefahr implizierten, daß Westdeutschland in Abhängigkeit zur Sowjetunion geriete.

Drittens: Adenauer trat für die Wiedervereinigung ein, doch war sie für ihn ein nachgeordnetes Ziel. Eine Wiedervereinigung um den Preis einer sicherheitspolitischen Abtrennung vom Westen lehnte er entschieden ab.

Darüber hinaus versuchte Adenauer außenpolitisch Souveränität wiederzugewinnen, die er freilich teilweise sogleich wieder bereit war zugunsten supranationaler westeuropäischer Strukturen aufzugeben.

Die Ziele Adenauers hat man mit der Trias, das ist auch eben hier schon angesprochen worden, Freiheit, Frieden, Einheit gekennzeichnet, wobei die Reihenfolge, wie gesagt, die Rangordnung markiert. Christian Hacke hat jüngst formuliert: „Adenauer verfocht die Freiheitskomponente kompromißlos... Die Wiedervereinigung als nationale Aufgabe war in der Auffassung Adenauers der Freiheitsforderung – und das bedeutete Westintegration – und der Friedenssicherung nachgeordnet.“

Adenauers entschiedenes Eintreten für eine Politik der Westintegration speiste sich aus verschiedenen Quellen. Sicherlich spielte dabei, wie schon angesprochen, Adenauers rheinischer Hintergrund eine Rolle. Bedeutsamer war ein Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit verarbeitendes, ausgesprochenes Mißtrauen gegenüber dem deutschen Volk, ein Mißtrauen, in dem er sich mit

den westlichen Alliierten traf. Die Westintegrationspolitik sollte die anderen vor den Deutschen und die Deutschen vor sich selbst schützen. Adenauer hat die Westintegrationspolitik unter anderem mit der Problematik der Außenpolitik von Weimar begründet: Deutschland sollte die Entscheidungsfreiheit abgenommen werden, der „Sonderweg“ sollte abgeschnitten werden; jede Schaukelpolitik sollte ausgeschlossen sein, ebenso eine nationalstaatliche Restauration. Zwar ist die eigentliche Problematik der Weimarer Republik, der Kern der Sonderwegsproblematik, aus meiner Sicht nicht in der außenpolitischen Lage zwischen Ost und West, sondern in bestimmten politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen Deutschlands zu sehen, doch sprach nach den nationalistischen Exzessen in der NS-Zeit in der Tat in der Nachkriegszeit sehr viel für eine deutsche Politik im europäischen Verbund. Die europäische Einigung konnte als Lehre der Geschichte gelten und hatte für viele in der Nachkriegszeit von daher besondere Überzeugungskraft, bot allerdings den Deutschen auch eine entlastende Funktion angesichts ihrer katastrophalen jüngsten Geschichte.

Adenauer hielt, und dies ist im Hinblick auf die Wiedervereinigungsfrage relevant, den Nationalstaat für überholt. Nur so ist etwa seine Saarpolitik zu verstehen, die dem Saarland einen von der Bundesrepublik unabhängigen europäischen Status zu geben bereit war. Man wird zu konstatieren haben: Westintegration und Wiedervereinigung waren für Adenauer keine gleichwertigen Optionen. Zwar versuchte Adenauer, durch ein Konzept der Politik der Stärke und durch die Verpflichtung der Westalliierten zum Eintreten für die Wiedervereinigung im Deutschlandvertrag die Westintegrationspolitik mit dem Ziel der Wiedervereinigung zu verknüpfen. Doch ändert dies nichts an Adenauers spezifischer Prioritätensetzung, die ausschloß, nach Möglichkeiten zu suchen, die „nationale Einheit in Freiheit“ (das war die Formel von Schumacher) im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems zu suchen, das eine militärische Integration in den Westen vermied, doch eine ökonomisch gesellschaftliche Verflechtung mit dem Westen zuließ.

Im übrigen ist festzustellen, so europäisch-supranational Adenauer im Hinblick auf den Westen argumentierte und handelte, so nationalstaatlich geprägt waren seine Forderungen in Richtung Osten. Er verlangte nicht nur die Wiedervereinigung, sondern auch entschieden die Rückgabe der Ostgebiete, obgleich er sich, wie wir aus einer ganzen Reihe von Quellen wissen, im Grunde darüber im klaren war, daß die Ostgebiete verloren waren.

Ich habe hier nicht die verschiedenen Stationen der Adenauerschen Politik nachzuzeichnen. Es kann aber keine Frage sein, daß Adenauer in der Zeit, in der der Blockbildungsprozeß noch im Gange war, d.h. vor 1955, kein über das Konzept der Politik der Stärke hinausgehendes Wiedervereinigungskonzept besaß, und danach gab es nicht einmal mehr dieses vage Konzept. Mit dem Abschluß der Westverträge 1955 und dem gleichzeitigen Eintritt der DDR in den Warschauer Pakt, die eine wesentliche Zäsur der Nachkriegsentwicklung

bildeten, war, wie sich rasch zeigte, die deutsche Teilung auf unabsehbare Zeit zementiert.

II.

Zum zweiten Punkt: Konzeptionen der Gegner und Kritiker Adenauers.

Zweifellos stellt sich im Hinblick auf die Deutschlandpolitik jener Jahre auch die Frage der Alternativen, die etwa die Opposition damals zu entwickeln versuchte.

Zunächst war die Meinungsverschiedenheit zwischen der Adenauerschen Politik und der Schumachers, wobei Schumacher die Position der SPD trotz abweichender Meinung des Bürgermeisterflügels in ähnlicher Weise dominierte, wie Adenauer die der CDU, nicht so gewaltig wie manchmal angenommen wird; da stimme ich mit Herrn Möller überein.

Schon 1947 entwickelte Kurt Schumacher seine Magnettheorie, als er schrieb, ich will sie in diesem Fall auch einmal zitieren: „Die Prosperität der Westzonen...kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch kein anderer Weg der Wiedervereinigung möglich als die ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schmaler und vermutlich langer Weg“. So Kurt Schumacher 1947.

Man wird sagen müssen, diese Theorie ist nicht einfach durch die historische Entwicklung bestätigt worden. Zwar hat der Westen früh eine beachtliche Anziehungskraft auf den Osten ausgeübt und diese über Jahrzehnte behalten, das ist ganz unstrittig. Doch führte diese Anziehungskraft nicht einfach zur Wiedervereinigung, sowjetische Politik konnte die Wirksamkeit der Anziehungskraft, nicht zuletzt durch Machtpolitik, begrenzen, zugleich jedoch eben niemals ganz ausschalten.

Wie man diese Magnettheorie auch beurteilen mag, die Unterschiede zu Adenauer sind zunächst im Hinblick auf die Deutschlandpolitik nicht groß. Auch hinsichtlich des dezidierten Antikommunismus sind keine schwerwiegenden Unterschiede auszumachen. Schumacher lehnte aus prinzipiellen Überlegungen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab, für ihn war die KPD keine deutsche Partei, sondern eine Agentur der sowjetischen Besatzungsmacht.

Selbst im Hinblick auf Europa muß man sich vor einer simplen Entgegensetzung hüten. Schumacher war Europäer wie Adenauer, hatten die Sozialdemokraten doch schon in der Weimarer Zeit die Vereinigten Staaten von Europa in ihrem Grundsatzprogramm gefordert. Er wollte den deutschen Staat in ein föderiertes, möglichst demokratisch-sozialistisch strukturiertes Europa inte-

gieren, wobei sich die sozialdemokratischen Hoffnungen zunächst vor allem auf die britische Politik, also auf die Politik der Labour-Party richteten. Auch blieb die traditionell westliche Orientierung der deutschen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit durchaus erhalten. Ihre Orientierung am Modell der westlichen parlamentarischen Demokratie und ihre Westorientierung politisch-kultureller Art standen nie in Zweifel.

Der Unterschied zwischen Adenauer und Schumacher, zwischen der Bundesregierung und der SPD-Opposition in den frühen 50er Jahren, ist vielmehr so zu bestimmen, daß die Sozialdemokratie, geleitet von einem demokratischen Nationalbewußtsein, nicht bereit war, die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit der westeuropäischen Integration nachzuordnen. Sie kritisierte deshalb nicht nur die aus ihrer Sicht fehlende Gleichberechtigung im Zuge der Westintegration und die Saarpolitik, sondern stellte auch die Westintegrationspolitik unter einen gesamtnationalen Vorbehalt. Diese Momente sind der Hintergrund der scharfen Konflikte zwischen Schumacher und Adenauer – man denke etwa an die Debatten über das Petersberger Abkommen oder über den Beitritt zum Europarat oder die Schaffung der Montanunion. Wenige Wochen vor seinem Tod markierte Schumacher den Gegensatz zu Adenauers Politik wie folgt: „Das deutsche Volk in all seinen Schichten braucht eine Bundesregierung, die die Wiedervereinigung Deutschlands zum obersten Gesetz ihres praktischen Handelns macht. Heute hat es eine Bundesregierung, die die Integration eines Teils von Deutschland mit gewissen Mächten für wichtiger hält als die deutsche Einheit.“

In der Auseinandersetzung um die Stalin-Noten wuchs in der Sozialdemokratie die Bereitschaft, eine militärische Neutralisierung – nicht eine politische – nicht per se abzulehnen, wenn sie die „Wiedervereinigung in Freiheit“ bei durch die Großmächte garantierter Sicherheit ermöglichte. Die Sozialdemokratie forderte jedenfalls im Kontext der Verhandlungen und Ratifikationsverfahren der Westverträge immer aufs neue Vier-Mächte-Verhandlungen. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Willy Brandt formulierte in der Debatte nach dem 17. Juni 1953: „Uns liegt – gerade auch nach dem heroischen und tragischen Geschehen in der Zone – die gesamtdeutsche Haut näher als irgendein kleineuropäisches Hemd.“ 1954/55 wiederholten sich im Vorfeld der parlamentarischen Entscheidungen über die Westverträge die Auseinandersetzungen von 1952, wobei für die Sozialdemokratie zunehmend die Idee eines europäischen Sicherheitssystems in den Vordergrund trat, ein Sicherheitssystem, das auch die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigen sollte.

Die wohl konsequenteste Gegenposition zur Deutschlandpolitik Adenauers in den frühen 50er Jahren entwickelten Gustav Heinemann und seine Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Heinemann, der aus Protest gegen Adenauers Politik (weil dieser am Kabinett vorbei den Westalliierten einen deutschen

Verteidigungsbeitrag angeboten hatte) von seinem Amt als Innenminister zurückgetreten war, kritisierte mit großem Nachdruck die Politik der Stärke, die er für gefährlich, dem Ziel der Wiedervereinigung entgegengesetzt und auch für moralisch bedenklich hielt. Heinemann und seine Anhänger setzten sich energisch für die Nutzung aller Möglichkeiten ein, Wiedervereinigungschancen auszuloten und der Integration der beiden deutschen Teilstaaten in die jeweiligen Blöcke zu entgehen. Sein Konzept zielte auf die Wiedervereinigung jenseits der Blöcke, wobei die Sicherheit des vereinigten Deutschland nach Heinemann von den Alliierten garantiert werden und dieses seinerseits in eine enge politische Verbindung zu den skandinavischen Ländern und anderen blockungebundenen Staaten, die begonnen hatten sich als dritte Kraft zu formieren, treten sollte.

Die Blockungebundenheit bedeutete für Heinemann und die GVP nicht politisch-gesellschaftliche Neutralität, wie manchmal behauptet wird. Wie andere, keineswegs aber alle Kritiker Adenauers waren Heinemann und seine Leute Anhänger des westlichen Verfassungs- und Gesellschaftssystems, das sie genausowenig zur Disposition stellen wollten wie Adenauer und die CDU. Insgesamt war die politisch-kulturelle Westorientierung, da stimme ich mit Herrn Möller überein, in der westdeutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit zunehmend nicht mehr strittig.

Die Widerstände gegen Adenauers Deutschlandpolitik waren gleichwohl nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch in nicht unbeträchtlichen Teilen des Protestantismus und in der kritischen Öffentlichkeit beträchtlich, insgesamt jedoch eben nicht mehrheitsfähig. Ob Schumacher, Ollenhauer, Heinemann die Wiedervereinigung früher hätten erreichen können, ist schwer zu sagen. Die Logik des Ost-West-Gegensatzes scheint dem zu widersprechen. Und doch bleibt festzuhalten, daß die Möglichkeiten 1952/53 und 1955 nicht voll ausgelotet worden sind und die Frage deshalb nicht absolut zu beantworten ist, wie die Westmächte und die Sowjetunion auf eine andere deutsche Politik wirklich reagiert hätten, denn wir haben es ja immer mit einem Interdependenzzusammenhang zu tun. Es ist dementsprechend auch fraglich, ob die Alternative zur Westintegration ein neutralistisches Deutschland hätte sein müssen. Keinesfalls aber ist die politisch-kulturelle Westorientierung ausschließlich auf die Adenauersche Außenpolitik zurückzuführen; sie hat tiefere Ursachen.

III.

Mein dritter Punkt: Die Deutschlandpolitik 1955–1961.

Der Abschluß der Westverträge führte nicht nur nicht zur Wiedervereinigung, sondern, wie schon gesagt, zur Verfestigung der deutschen Teilung. Adenauer

geriet in seiner Wiedervereinigungspolitik innenpolitisch unverkennbar in die Defensive.

1952 hatte Adenauer erklärt, in 5 bis 10 Jahren würden die geänderten Stärkeverhältnisse und inneren Schwierigkeiten in der Sowjetunion auch in der deutschen Frage die Sowjetunion zu entgegenkommendem Verhalten zwingen. Diese Prognose erwies sich als zunehmend unwahrscheinlich, und die Zweifel wuchsen auch bei denjenigen, die Adenauer ursprünglich gefolgt waren, insbesondere auch bei den Freien Demokraten, die etwa in der Frage der sogenannten Bindungsklausel erhebliche Einwände gegenüber der Adenauerschen Politik beim Abschluß der Westverträge erhoben hatten.

Am 23. Januar 1958 kam es im Bundestag zu einem bemerkenswerten Angriff der Gegner Adenauers auf dessen Deutschlandpolitik. Eine Debatte, die zu einem erheblichen Prestigeverlust Adenauers führte. Thomas Dehler, der 1949–1953 Justizminister unter Adenauer gewesen war, führte leidenschaftlich aus, daß er Adenauer zunehmend nicht mehr habe glauben können, daß er das Ziel der Wiedervereinigung überhaupt noch anstrebe. Noch härter und wirkungsvoller ging Gustav Heinemann, der inzwischen – nach dem Scheitern der Gesamtdeutschen Volkspartei – für die SPD in den Bundestag eingezogen war, mit Adenauer ins Gericht, indem er auf die aus seiner Sicht versäumten Wiedervereinigungsmöglichkeiten der Jahre 1952 und 1955 hinwies. Jetzt stehe man vor den Scherben der gescheiterten Politik der Stärke. Gustav Heinemanns teilweise auch theologische Argumente verwendende Abrechnung gipfelte in dem Satz: „Wer Deutschland immer tiefer spalten will, kann es nicht besser machen als in Fortsetzung immer noch dieses Weges.“ Die Wirkung der Debatte in der Öffentlichkeit war deshalb ziemlich verheerend, weil – zumal nach der hilflosen Reaktion der Regierung – der Eindruck entstand, daß Adenauers Kritiker eben zumindest teilweise recht hatten.

Dieser Eindruck schwand auch in der Folgezeit nicht, führte gleichwohl nicht zu einem wirklichen Einbruch bei Wahlen für die CDU und Adenauer, weil die Mehrheit der Westdeutschen der Sicherheit absolute Priorität einräumte und für sie die Wiedervereinigung zunehmend ebenfalls zu einer nachgeordneten, jedenfalls für die meisten nicht existentiell bedeutsamen Frage wurde.

Adenauer empfand gleichwohl, daß er in der Wiedervereinigungsfrage angreifbar war. Seit 1957 startete er jedenfalls eine Reihe von in sich widersprüchlichen deutschlandpolitischen Initiativen, die vielfach nicht öffentlich wurden. Diese Initiativen sind von Hans-Peter Schwarz, von seinem Biographen, charakterisiert worden als „nicht viel mehr als ein gut gemeintes, doch erfolgloses Gewurstel“. 1956/57 hatte er die Kontakte Schäffers mit Vinzenz Müller, bei denen es um Möglichkeiten einer Konföderation ging, zugelassen. Im März 1958 fragte er den sowjetischen Botschafter Smirnow, ob die Sowjetunion bereit sei, der DDR den Status Österreichs einzuräumen. Wie schon früher erklärte er, bei der Frage der DDR gehe er nicht primär von nationalen Über-

legungen aus. Offenbar war er zumindest zu einer zeitweiligen Anerkennung, beziehungsweise Respektierung einer selbständigen DDR bereit. Eine Antwort auf diese Frage, die er an Smirnow stellte, blieb freilich aus. Auch nach dem Bau der Mauer hat Adenauer wiederholt betont, daß für ihn „die Frage der Zone und Berlins nicht in erster Linie eine nationale, sondern eine menschliche Frage“ sei. Erinnert sei an das sogenannte „Burgfriedensangebot“ in seinem letzten Amtsjahr, das vor diesem Hintergrund zu sehen und zu verstehen ist.

Die Genfer Außenministerkonferenz 1959, auf die die westdeutsche Außenpolitik hingearbeitet hatte und an der eine west- und eine ostdeutsche Delegation bereits an Katzentischen teilgenommen hatte, brachte keinerlei Fortschritte, obgleich die westlichen Positionen im Herter-Plan schon erheblich modifiziert worden waren und keineswegs am Anfang eines Wiedervereinigungsprozesses bereits die Forderung nach freien Wahlen stehen sollte. Aus der Sicht Heinrich von Brentanos hatte die Konferenz von vorneherein nur den Sinn, die Menschen davon zu überzeugen „daß die Schuld für das Scheitern der Konferenz bei der Sowjetunion liege“. Im gleichen Jahr arbeitete Globke im Kanzleramt, im Auftrag Adenauers auf dem Hintergrund von Chruschtschows Berlin-Ultimatum ein Konzept aus, in dem eine Interimslösung für Berlin mit einer Anerkennung der DDR verbunden war und das in mehreren Schritten zur Wiedervereinigung führen sollte.

Das erst 1974 bekannt gewordene Konzept Globkes weist gewisse Berührungspunkte mit dem damals – 1959 – in der Öffentlichkeit heftig umkämpften Deutschlandplan der SPD auf, der, ebenfalls auf dem Hintergrund der Berlin-Krise entwickelt, die sozialdemokratischen Vorstellungen der vorhergehenden Jahre für eine Wiedervereinigung in einem Stufenkonzept zu bündeln versuchte, wobei Konzepte Gaitskells, Kennans und des polnischen Außenministers Rapacki für ein Disengagement eingearbeitet waren. Der Plan kombinierte Rüstungskontrollschritte mit Schritten über eine Konföderation hin zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit.

Es stellte sich jedoch heraus, daß sich mit derartigen Plänen die Stagnation in der deutschen Frage zu diesem Zeitpunkt nicht mehr überwinden ließ. Die SPD zog ihren Plan zurück. 1960 hielt Herbert Wehner seine berühmte Rede im Deutschen Bundestag, die man als Ausdruck von resignativem Realismus werten mag.

1961 wurde die Mauer gebaut. Die Preisgabe der offenen Grenze durch den Westen dokumentierte aus der Sicht vieler Zeitgenossen das Scheitern des Anspruchs der Adenauerschen Deutschlandpolitik, die, so jedenfalls wurde Adenauer verstanden, auf die Befreiung, wie es damals hieß, der „Ostzone“ mit Hilfe der westlichen Verbündeten zielte. Heinrich Krone, ein enger Vertrauter Adenauers, notierte damals in seinem Tagebuch: „Die Stunde der großen Desillusion. Das deutsche Volk hatte vom Westen mehr als eine Protestnote erwartet. Stimmen des Zweifels werden laut. Läßt uns der Westen im Stich?“

Willy Brandt hat in seinen Erinnerungen, und zwar in den beiden Fassungen seiner Erinnerungen, die psychologischen Folgen der Reaktion des Westens eindrucksvoll beschrieben; der Vorhang sei weggezogen worden und habe eine leere Bühne gezeigt.

IV.

Ich komme zu den Neuansätzen der 60er Jahre.

Der Bau der Mauer schockierte die deutsche Öffentlichkeit, führte aber zugleich auch zu politischen Neuansätzen in der Deutschlandpolitik, wobei die veränderte internationale Konstellation eine erhebliche Rolle spielte. Nach der Doppelkrise Berlin/Kuba bildete sich eine verstärkte Tendenz zur Entspannung zwischen den Supermächten heraus, und die westdeutsche Politik lief Gefahr sich international zu isolieren.

Der bemerkenswerteste Neuansatz war Willy Brandts „Politik der kleinen Schritte“ und das von Egon Bahr 1963 in Tutzing formulierte Konzept des „Wandels durch Annäherung“. Der Neuansatz ging von der Einsicht aus, daß die zwischen Ost und West strittige deutsche Frage auf absehbare Zeit nicht lösbar, doch die Aufgabe unabweisbar sei, nicht nur die deutsche Politik dem internationalen Entspannungsprozeß, der sich zunehmend abzeichnete, anzupassen und eine außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik zu vermeiden, sondern vor allem menschliche Erleichterungen, Besuche, Familienzusammenführung usw. im Verhältnis der beiden deutschen Staaten durchzusetzen und das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit, trotz der Zweistaatlichkeit, zu erhalten. Die Politik schloß mithin die schon von Adenauer erwogene zumindest zeitweilige Anerkennung des politischen Status quo ein, und zwar mit dem Ziel, diesen Status quo zu verändern, d.h. die Grenzen durchlässig zu machen, zu einem geregelten Nebeneinander der Staaten des Westens und des Ostens zu kommen und langfristig diese Nachkriegsordnung zu überwinden. Bahr sagte: „Heute ist klar, daß die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Tag einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, daß man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjetunion unmöglich, sich die Zone zum Zweck einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen.“

Ansätze für eine „Politik der kleinen Schritte“ hatte es schon früher gegeben. Herbert Wehner und Willy Brandt hatten bereits 1956 angeregt, alle möglichen Kontakte unterhalb der Anerkennung des Ulbricht Regimes zu fördern, um jedenfalls die unsinnigsten Auswüchse des Kalten Krieges beseitigen zu

helfen. Der Beginn dieser Politik in Berlin nach dem Bau der Mauer war mühsam. Nach ihrer Übertragung auf die Bundespolitik stieß sie zeitweilig auf heftigen Widerstand der damaligen Opposition, wurde dann aber nach 1982 auch von Helmut Kohl und der christlich-demokratisch-liberalen Regierung fortgesetzt.

Insgesamt kann keine Frage sein, daß diese Politik des „Wandels durch Annäherung“, wie auch Timothy Garton Ashs Buch eindrucksvoll zeigt, im Kontext veränderter internationaler Rahmenbedingungen überaus erfolgreich war und die Transformation des Ostens, die die Voraussetzung der Wiedervereinigung war, ermöglicht hat.

Resümierend möchte ich folgendes zur Deutschlandpolitik der Ära Adenauer feststellen:

1. Die Erklärung des vollzogenen historischen Prozesses führt Historiker wie Zeitgenossen nicht selten dazu, die Entwicklung auf die erfolgreiche Linie zu verengen. Dadurch, daß man eben die erfolgreiche Linie erklären muß, wird sie sozusagen als die einzig mögliche Linie betrachtet. Die Frage der Alternativen ist jedoch vor dem jeweils vorhandenen offenen Horizont der Möglichkeiten mit zu sehen, wobei die Handlungsspielräume, die realen, d.h. die von heute her sichtbaren, und die vermeintlichen, d.h. für die damals Handelnden erkennbaren, zu unterscheiden sind. Es ist deshalb längst an der Zeit, auch Adenauers Gegnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
2. Es ist schwerlich möglich, Adenauer sowohl als Vertreter der Überwindung des Nationalstaatsgedankens als auch als konsequenten Verfechter der Wiedervereinigungsidee zu bezeichnen. Adenauers Leistung ist die Westintegrationspolitik. Seine Wiedervereinigungspolitik ist demgegenüber, gemessen an ihren Ansprüchen, gescheitert, jedenfalls wenn man die proklamierten Ziele ernstnimmt. Für Adenauers Politik gab es gute Gründe, insbesondere wenn man sich die Bewältigung des Erbes der NS-Zeit vergegenwärtigt. Doch sind ihre Schattenseiten nicht zu übersehen, um nocheinmal Christian Hacke zu zitieren: „Den Preis der Teilung zahlten die 18 Millionen Menschen in der DDR.“
3. Es heißt die Komplexität historischer Prozesse grotesk zu unterschätzen, einen geradlinigen Weg von Adenauers Politik und Strategie der 50er Jahre zur deutschen Vereinigung 1989/90 anzunehmen. Mit gleichem, vielleicht sogar größerem Recht kann man die Vereinigung als Folge der neuen Ostpolitik bezeichnen.

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Dreimal Dank an Dr. Faulenbach, einmal, daß er kurzfristig eingesprungen ist für den verhinderten Prof. Niethammer; zweitens, daß er sich weitgehend an die Zeit gehalten hat; und drittens, daß er uns bereits in eine hoch spannende Diskussion geführt hat, die den Geräuschpegel hier hob, obgleich das nichts mit weniger Aufmerksamkeit

für seine Worte zu tun hatte. Aber die Diskussion steht noch bevor. Wir haben uns dem Thema noch auf andere Weise anzunähern, und dafür wird uns Herr Dr. Foschepoth zunächst noch zur Verfügung stehen. Vielen Dank. Herr Dr. Foschepoth, Sie haben das Wort.

Dr. Josef Foschepoth: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Ich bin gerade noch einmal eindringlich gebeten worden, mich an die Zeit zu halten. Ich will es tun. Deshalb muß ich ein bißchen pointiert formulieren. Das ist sicherlich auch für die Diskussion hinterher sehr belebend.

Ich bin ja nun nicht bekannt als politischer Denkmalschützer Konrad Adenauers und als solcher bin ich ja auch hier nicht eingeladen worden. Deshalb können Sie jetzt sicherlich eine etwas andere Perspektive von mir erwarten. Wir haben in den letzten Jahren häufig eine sehr populäre These gehört in der Bundesrepublik, die lautete: „Was Adenauer wollte, hat Kohl verwirklicht.“ Herr Kollege Faulenbach ist eben ja auch schon kurz darauf eingegangen. Es geht im Grunde darum, eine Kontinuität herzustellen, die natürlich nicht ihres politischen Hintergrundes entbehrt. Nicht nur Kohl, sondern natürlich auch Adenauer gewinnen auf diese Weise noch an Größe, wenn etwa Rudolf Morsey schreibt: „Es dürfte wenige Staatsmänner, und nicht nur solche vergleichbarer geschlagener Nationen und Völker geben, deren konkrete Visionen noch innerhalb einer Generationsspanne politische Wirklichkeit geworden sind.“ Vergleichbare Äußerungen gibt es von Hans-Peter Schwarz, der im Nachwort seiner Biographie betont hat, daß das politische Kalkül Konrad Adenauers von 1952 1989 aufgegangen sei. Klaus Gotto, um einen Dritten zu zitieren, titelt etwa „Realist und Visionär“.

Die Attribute sind also sehr schnell gefunden, um den ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland doch ein bißchen zu sehr zu überhöhen, so daß die Intention klar wird, ihn jeglicher Kritik, insbesondere was die Haltung in der Deutschlandfrage anbetrifft, von vorneherein zu entheben. Ich möchte einer solchen Tendenz deutlich widersprechen und möchte fragen: Welche Rolle hat die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands tatsächlich in der Politik Adenauers gespielt? War sie ein operatives Ziel oder lediglich deklamatorisches Beiwerk seiner Politik? Wurden mögliche Handlungsspielräume genutzt, um dem „sehnlichsten Wunsch aller Deutschen“ ein Stück näher zu kommen? Hätten, auch diese Frage müssen wir uns ja heute um so eindringlicher stellen, hätten möglicherweise 40 Jahre deutscher Teilung vermieden oder zumindest verkürzt werden können, wenn in den 50er Jahren eine andere Politik betrieben worden wäre? Was waren also die Intentionen und Ziele, die Voraussetzungen und Realisierungsmöglichkeiten, die Erfolge und die Kosten der Adenauerschen Politik in Sachen Wiedervereinigung Deutschlands?

Ich sehe auch wie Herr Möller, daß Adenauer ein sehr dichotomisches Weltbild gehabt hat, eine Perzeption der weltpolitischen Lage nach dem

2. Weltkrieg, die auffallend früh von dem Gedanken der Teilung der Welt in zwei feindliche Lager gekennzeichnet war. Diese Position Adenauers war keineswegs mehrheitsfähig. Er ist ja nicht von ungefähr erst 1949 gewissermaßen mehrheitsfähig gewesen. Seine politische Bedeutung liegt noch nicht in den Jahren 1945–1947/Anfang 1948. Da waren vielmehr andere Konzeptionen sehr viel interessanter und auch sicherlich damals mehrheitsfähiger, etwa die Konzeption eines „dritten Weges“ oder ähnliches. Für ihn ist aber sehr wichtig, daß er von vornherein sehr klar und eindeutig von dieser Dichotomie ausgegangen ist und sich in seinen Briefen, etwa des Jahres 1945, schon Äußerungen finden wie „der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands“, die deutlich machen, daß er von einer Zweiteilung Deutschlands ausging.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, daß es sehr frühzeitig auch schon einen bestimmten Konsens im Westen gegeben hat. „Wiedervereinigung ist gefährlich für uns alle“, resümierte ihn 1953 ein hochrangiger Staatssekretär im britischen Auswärtigen Amt. Der Hintergrund ist klar. Schon während des 2. Weltkrieges hat man sich darüber verständigt, wie man Deutschland nach dem Krieg behandeln wolle. Es kam in der European Advisory Commission zu entsprechenden Absprachen, die eine Einteilung in drei Zonen vorsah, später in vier Zonen. Diese Konzeptionen haben jeweils unterschiedliche Zielsetzungen gehabt. Die erste Zielsetzung war die, vor allem dafür zu sorgen, daß sich die Russen und auch die Amerikaner nach dem Krieg nicht tatenlos wieder abwenden würden vom Kontinent, sondern bei den Aufräumarbeiten in Deutschland präsent sein würden. Später wandelte sich diese Konzeption dahingehend, daß man darin einen Schutzschirm sah, der die Sowjets auf jeden Fall daran hindern sollte, bis an den Rhein vorzudringen. Schließlich gewann diese Konzeption in den Jahren 1947 immer stärker die Bedeutung, die Einflußsphäre des Westens so weit zu sichern, daß man sagen konnte, wenigstens ein Teil, der größte und wichtigste Teil Deutschlands sei im Einflußgebiet des Westens. In diesem Zusammenhang spielt die Potsdamer Konferenz eine große Rolle. Dazu nur soviel: Der reparationspolitische Beschluß, der getroffen wurde, lief de facto auf eine Aufteilung Deutschlands, man muß schon sagen: Restdeutschlands hinaus, denn die Oder-Neiße-Gebiete spielten bei den Potsdamer Überlegungen schon keine Rolle mehr. Am 26. März 1946 definierte der Alliierte Kontrollrat: Deutschland besteht aus den gegenwärtigen deutschen Gebieten zwischen Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen. Es war also immer die Rede von diesem, wenn Sie so wollen, „Rumpfdeutschland“. Die Ostgebiete spielten auch im Denken der Westmächte keine Rolle. Wir können das in der Diskussion hinterher noch etwas ausführlicher begründen.

Die Prozesse, die dann abliefen, sind weitgehend bekannt. Sie führten schließlich zur Staatengründung 1949 und zur Integration 1955 beider Staaten in die jeweiligen Blöcke. Fazit und ich zitiere einmal dieses eben schon

angeschnittene Dokument des britischen Staatsministers Lloyd vom 22. Juni 1953 an Premierminister Churchill: „Deutschland ist der Schlüssel zum Frieden in Europa. Ein geteiltes Europa bedeutet ein geteiltes Deutschland. Deutschland wiederzuvereinigen, solange Europa geteilt ist, ist – selbst wenn dies machbar wäre – gefährvoll für uns alle. Deshalb fühlen alle“, und jetzt beachten Sie bitte die Reihenfolge „fühlen alle – Dr. Adenauer, die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir selbst – im Grunde ihres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland zur Zeit die sicherere Lösung ist. Aber keiner von uns wagt, dies wegen seiner Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland auch offen zuzugeben. Deshalb unterstützen wir alle öffentlich ein vereintes Deutschland, jeder allerdings aufgrund seiner eigenen Bedingungen.“ Eine klassische Beschreibung, glaube ich, der westlichen Position. Bewahrung und Sicherung des Status quo, mithin der Teilung Deutschlands, waren also die eine, das Bekenntnis zur Wiedervereinigung und die Kultivierung einer Einheitsrhetorik die andere Seite.

Ich komme zu einem dritten Punkt: Westintegration statt Wiedervereinigung, das Konzept, wie ich es bei Adenauer feststellen zu können glaube. Der Erfolg der Adenauerschen Politik lag, und das ist zum Teil hier heute morgen schon gesagt worden, einerseits in seiner Kompromißfähigkeit. Aber diese Kompromißfähigkeit, seine Flexibilität orientierte sich ausschließlich nach Westen. Nach Osten sah es genau andersherum aus. Da stand Kompromißlosigkeit, eben Unflexibilität und auch mangelnde Kreativität im Vordergrund, ganz im Unterschied zu seiner Westpolitik. Ich will hier auf die Kontroverse der Stalin-Note gar nicht näher eingehen, wir können das vielleicht in der Diskussion noch machen. Für mich ist es nur in diesem Zusammenhang besonders wichtig zu betonen, daß die Reaktion Adenauers auf das Angebot aus Moskau ganz entscheidend für seine Stellung gegenüber den Westmächten hinterher gewesen ist. Von nun an war klar: Auf diesen Mann ist Verlaß, der wird keine nationalen Sperenzchen begehen, sondern wird eine feste Position weiterhin behalten und damit auch die Politik des Westens klar nach innen in Deutschland, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, vertreten. Wer von dieser Offensive profitiert hat, war, glaube ich, vor allem Adenauer. Seine innen- und außenpolitische Position wurde entscheidend gestärkt. Für ihn gab es also in Zukunft keine weitere Alternative als die Westoption. „In der harten Welt der Tatsachen“, schrieb er noch in seinen Memoiren, „gab es für die Bundesrepublik eben nur zwei Wege: Ein Zusammengehen mit dem Westen oder ein Zusammengehen mit den Sowjets. Alles was dazwischen lag, war nicht Politik, sondern Illusion.“

Eine solche Politik war natürlich äußerst gefährlich und problematisch unter innenpolitischen Gesichtspunkten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollte, des nationalen Verrats bezichtigt zu werden. Also war es ein Gebot des politischen Überlebens Adenauers gewissermaßen, sie national entsprechend zu legiti-

mieren. Die Formel, die dafür entwickelt wurde, lautete „Wiedervereinigung durch Westintegration“. Hier wurde gewissermaßen auf einen Nenner gebracht, was Adenauer wollte, und klar und deutlich wurde die Priorität benannt. Die Westintegration war das Ziel. Alles übrige, auch was die Wiedervereinigung anbetraf, war dann nur noch eine Frage des Hoffens und des Wollens, nicht eine Frage operativer Politik. Der erste Schritt war entscheidend, der nach Westen, der zweite Schritt war etwas, was sich seinem tatsächlichen Vorstellungsvermögen weitgehend entzog. Ich will Ihnen dafür ein paar Beispiele nennen. 1955 sagte er Erich Ollenhauer, was die Frage der Grenze von 1937 anbetrifft: „Oder-Neiße, Ostgebiete usw. die sind weg! Die gibt es nicht mehr! Wer das mal aushandeln muß, na ich werde es nicht mehr sein.“ Ähnlich nüchtern hat er auch schon in der zweiten Hälfte der 50er Jahre die Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten, also ohne die Ostgebiete, benannt. „Kann einer glauben“, heißt es bei ihm, „daß Sowjetrußland jemals, ohne dazu genötigt zu sein, die Ostzone wieder freigeben wird? Ich glaube es nicht.“ Und 1959 stellte er vor dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU ernüchert fest: „Wenn wir, meine Damen und Herren, den Status quo für Berlin und die Zone behalten, haben wir für heute so gut wie alles erreicht. Wiedervereinigung – wer weiß wann!“ Adenauer ging es also um die Bewahrung und Sicherung der Bundesrepublik Deutschland und nichts mehr. Dieses wird insbesondere deutlich im Jahre 1955, als in der Tat eine starke Gefährdung seiner Politik drohte, nämlich als Zeichen der Entspannung am Horizont auftauchten.

Ich denke, es ist gefährlich, Adenauer jetzt zu einem Entspannungspolitiker zu küren. Das wäre zuviel des Guten. Vor allem müßte man dann zunächst einmal klären, was Adenauer unter Entspannung verstand und was wir gemeinhin, etwa im Sprachgebrauch der 70er und 80er Jahre, unter Entspannung zu verstehen uns angewöhnt haben. Adenauer verstand unter Entspannung den Zustand, der dann entstehen würde, wenn die Sowjets einmal zurückgedrängt seien. Entspannung konnte es niemals als Mittel der Politik geben. Vielmehr war nur durch eine Politik der Stärke ein Zustand der Entspannung zu erreichen, wenn also die Sowjets erst einmal dahin zurückgedrängt wären, wo sie hingehörten. Als der Geist von Genf im Jahre 1955 die Runde machte, fühlte sich Adenauer bemüßigt, den westlichen Regierungen gewissermaßen einmal klaren Wein einzuschenken, was er denn nun tatsächlich von einer Wiedervereinigung Deutschlands halte. Sie wissen, daß ich jahrelang in britischen Archiven gearbeitet habe; die Perspektive aus den britischen Akten ist sehr hilfreich zur Ergänzung auch der deutschen Perspektive, weil hier sehr viel mehr auch über die Motivation, nicht nur der westlichen Regierungen, zu erfahren ist, sondern vor allem auch über die Motivation der deutschen Politik. Denn man mußte ja spätestens bis zum Jahre 1955 jeweils den ausländischen Siegermächten erklären, warum man sich so und nicht anders verhielt. Da findet sich also noch ein ganz berühmtes Dokument, vom 15. Dezember 1955,

das ich hier doch noch einmal ganz kurz zitieren möchte. Es ging damals darum, daß sich im Westen eine neue Option abzeichnete, nämlich unter der Perspektive, einen Sicherheitsvertrag mit den Sowjets abzuschließen, auf den diese schon sehr drängten – das ist die Vorgeschichte der KSZE –, auch die deutsche Frage wieder zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Diese Verbindung, Sicherheitsvertrag und Verhandlungen über die deutsche Frage, war nun das Paket, das die Briten und auch die Amerikaner schnüren wollten, um Bewegung in die Sache zu bringen. Hier hat Adenauer klipp und klar gesagt, was er davon hielt, nämlich nichts. Am 15. Dezember 1955 schickte er den westdeutschen Botschafter in London, Herwarth von Bittenfeld, nach London, um dem Permanent Under-Secretary of State, also dem zweithöchsten Mann im dortigen Auswärtigen Amt, klaren Wein einzuschenken. Adenauer ließ mitteilen, daß, selbst wenn bei Abschluß eines Sicherheitsvertrages mit der Sowjetunion eine Wiedervereinigung möglich – und jetzt kommt es – und die Abhaltung freier Wahlen sowie die völlige Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung nach innen und außen gesichert sei, also auch die Möglichkeit eines NATO- Beitritts, somit sämtliche Voraussetzungen, die der Westen seit Jahren als Vorbedingung für eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefordert hatte, erfüllt wären, er, Konrad Adenauer, gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands sei. Das Dokument können Sie dann im Original einsehen. Der entscheidende Grund sei, so heißt es hier in diesem Dokument, das ich 1986 zum ersten Mal im Londoner Public Record Office entdeckt habe, daß Dr. Adenauer kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. „He has no confidence in the German people“, heißt es im Original. Er sei also äußerst besorgt, daß sich eine künftige deutsche Regierung, wenn er von der politischen Bühne abgetreten sei, zu Lasten Deutschlands mit Rußland verständigen könnte. Folglich sei er der Meinung, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands sei. Wir sollten wissen, daß er in der ihm noch verbleibenden Zeit alle Energien darauf verwenden werde, dieses zu erreichen. Er hoffe, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun würden, ihn bei dieser Aufgabe, nicht bei der Wiedervereinigung, zu unterstützen. Der Kanzler legte großen Wert darauf, daß die Briten seine entschiedene Haltung in dieser Frage kannten, gab jedoch dann zu bedenken, was dann auch in diesem Dokument steht, daß es natürlich „katastrophale Folgen für seine politische Position haben würde, wenn seine Ansichten, die er mir in solcher Offenheit mitgeteilt habe, jemals in Deutschland bekannt würden“. An der Reaktion im Jahre 1986 kann ich diesen Satz nur bestätigen.

Selbst wenn also die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Basis westlicher Prinzipien möglich gewesen wäre, war Adenauer dagegen. Der Grund: Zehn Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges fehlte es dem alten, von zahlreichen geschichtlichen Umbrüchen geprägten Mann vor allem an dem

notwendigen Vertrauen in das eigene Volk, erneut eine unabhängige Position in der Mitte Europas wahrnehmen zu können, ohne dabei den Fehlern der Vergangenheit erneut zu verfallen. So gesehen war also Adenauers Westpolitik und der damit verbundene Verzicht auf eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands offensichtlich das wirksamste Mittel und vielleicht das einzige, Deutschland vor sich selbst zu schützen, wie es schon damals der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak gemeint hatte.

Welche Funktion hat denn nun dieses Reden von Wiedervereinigung gehabt? Ich teile nicht ganz die Auffassung, als sei gewissermaßen der internationale Rahmen so vorgegeben gewesen, daß es dazwischen keine Handlungsspielräume mehr gegeben hätte. Man muß bedenken, die Deutschen waren nicht nur Opfer des Kalten Krieges, sie waren auch Akteure des Kalten Krieges, und sie haben – aus einer bestimmten Interessenlage heraus – kräftig an der Aufrechterhaltung der Frontstellung zwischen Ost und West mitgearbeitet. Entscheidend war es in der Tat, um auf diese Weise die Rückkehr zur Souveränität des westdeutschen Teilstaates zu ermöglichen unter Hintansetzung natürlich der Ziele einer Wiedervereinigung Deutschlands. Die Wiedervereinigungsfrage war also für Adenauer weniger eine außen- als eine innenpolitische Frage, eine Frage der inneren Absicherung und Durchsetzung des westlichen Teilstaates Bundesrepublik. Das Offenhalten der deutschen Frage und die permanente Forderung nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, ohne praktisch etwas dafür zu tun, war somit die Integrationsideologie der Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg zu sich selbst.

Zum Abschluß möchte ich kurz resümieren: Leistungen und Kosten der Adenauerschen Politik. Es gibt viele, die in unserem Land zur Zeit nicht müde werden immer wieder zu betonen, daß es keinen Beweis gebe, daß Adenauer die Wiedervereinigung nicht gewollt habe. „Er hat daran geglaubt“, schreibt Hans-Peter Schwarz. Nun werden Politiker ja nicht nach ihrem Glauben beurteilt, sondern an ihren Taten gemessen, und es mag sein, daß Adenauer an eine Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geglaubt hat. Doch, um in diesem Bild zu bleiben, ein praktizierender Gläubiger in Sachen Wiedervereinigung war er jedenfalls nicht. Die These, wonach Adenauer die Einheit Deutschlands nur zu gerne wieder hergestellt hätte, wenn die internationale Lage dies erlaubt hätte, greift zu kurz. Die Option für den Westen erfolgte zu einer Zeit, als gesamtdeutsche Lösungen noch keineswegs vollends ausgeschlossen waren. Adenauers entschlossener Kampf gegen jedes gesamtdeutsche Arrangement erweiterte und verengte zugleich seinen außen- und deutschlandpolitischen Handlungsspielraum. Adenauer und die ihn tragende Mehrheit der Westdeutschen insgesamt waren eben nicht nur Opfer, sondern Akteure des Kalten Krieges, die Zug um Zug die Spaltung Deutschlands vertieften. Adenauers oberstes Ziel, die rasche Rückkehr zu Souveränität, war nur auf der Basis eines demokratisch verfassten, fest in

die westliche Hemisphäre verankerten westdeutschen Staates möglich. Seine große Leistung besteht darin, einen neuen, nach außen verlässlichen, nach innen stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Staat aufgebaut zu haben, der trotz der großen inneren und äußeren Belastungen mehr als vier Jahrzehnte überdauert hat, allerdings um den Preis einer ebenso langen Teilung Deutschlands. Die Ambivalenz der Adenauerschen Politik wird unter dem Eindruck der Vereinigung der beiden deutschen Staaten besonders deutlich. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht wegen, sondern ich möchte fast sagen, trotz der Adenauerschen Politik erfolgt. Nicht die Politik der Entspannung, sondern die Politik der Stärke hat die Etablierung und Festigung des sogenannten Ostblocks auf Jahrzehnte gefördert. Gerade aus der Perspektive der seit 1990 erfolgten Osterweiterung der Bundesrepublik stellt sich manche Frage neu und mit um so größerer Dringlichkeit für das Zusammenwachsen der Menschen in allen Teilen Deutschlands. Inwieweit hat also die Adenauersche Politik und mit ihr die des Westens eine frühere Liberalisierung des Ostens verhindert? Hätte eine flexiblere Politik des Westens die kommunistische Herrschaft nicht viel eher in Bedrängnis gebracht? Hätten, mit anderen Worten, vierzig Jahre deutscher Teilung möglicherweise verhindert oder zumindest verkürzt werden können? Schließlich: Waren die Deutschen respektive die Westdeutschen jemals bereit, einen Preis für die Wiederherstellung der Einheit ihres durch eigenes Verschulden geteilten Landes zu zahlen?

In den 50er und 60er Jahren wurde die Brisanz dieser Fragen durch die fehlende Einsicht in das eigene Verschulden, die Pflege neuer Feindbilder und die Kultivierung nationaler Einheitsrhetorik überdeckt. Heute, nachdem uns die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands – man könnte fast sagen – beim Ausverkauf des sowjetischen Imperiums in den Schoß gefallen ist, reicht die nationale Rhetorik nicht mehr aus. Sie hat uns inzwischen eingeholt. Operative und rhetorische Deutschlandpolitik sind erstmals miteinander in Einklang zu bringen. Nun müssen wir den Preis, nicht nur für die Ursachen, sondern auch für die Folgen der Teilung Deutschlands zahlen, ob wir wollen oder nicht. Ob er höher ausfällt, als er in den 50er Jahren ausgefallen wäre, muß dahingestellt bleiben. (Beifall)

Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen: Vielen Dank Herr Dr. Foschepoth. Das Interesse, will ich mal zurückhaltend sagen, steigt zunehmend, hörbar, aber ich bitte Sie, sich doch noch einen Augenblick zu gedulden, denn wir wollen das Quartett komplettieren. Herr Dr. Wettig wird noch eine Spezialfrage behandeln, die ja heute morgen anstehende Thematik der Stalin-Note. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Sie sehen hier einen ständigen Wechsel des Vorsitzes. Nehmen Sie es als Indiz dafür, daß die FDP die Kontinuität gewissermaßen belegt. Gerade in dem Themenkreis des heutigen Vormittags ist das ja vielleicht nicht ganz unwichtig.

Priv. Doz. Dr. Gerhard Wettig: Herr Vorsitzender, meine Damen und

Herren! Ich werde nur über ein Teilthema sprechen, aber über eines, das, wie die Diskussion heute schon gezeigt hat, zentrale Wichtigkeit besitzt. Ich habe dazu sowjetische Dokumente konsultiert, wie ich noch näher ausführen werde.

Seit dem Ausbruch des Kalten Krieges im Sommer 1947 hat die sowjetische Führung unablässig den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen Deutschland gefordert. Aber dies war keine diplomatische Initiative, denn gleichzeitig wurden die Verbindungen zu den Westmächten systematisch gekappt und konfrontative Maßnahmen – ich erinnere nur an die Berliner Blockade – ins Werk gesetzt. Der Zweck der Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages bestand allein darin, den Westmächten das Recht zu bestreiten, über einen Teil Deutschlands ohne die Sowjetunion zu verfügen. Neu an der sowjetischen Note vom 10. März 1952 war also nicht der angegebene Zweck, der Abschluß eines Friedensvertrages. Neu war aber, daß die Friedensvertragsforderung zum Mittelpunkt einer großen Initiative gemacht wurde und daß inhaltliche Grundsätze für die verlangte Regelung unterbreitet wurden. Die Frage ist nun, ob dies als Anzeichen für einen grundlegenden politischen Wandel auf sowjetischer Seite anzusehen ist. Dachte Stalin etwa daran, zwecks Verhinderung der damals im akuten Stadium befindlichen „westdeutschen Remilitarisierung“, wie es in den sowjetischen Dokumenten hieß, das kommunistische System in der DDR unter bestimmten Voraussetzungen preiszugeben und ein demokratisch-neutralistisches Gesamtdeutschland zu schaffen?

Aufgrund meiner Aktenfunde lautet die Antwort: Nein. Die von mir benutzten Dokumente des sowjetischen Außenministeriums sind im vorliegenden Falle darum von entscheidender Bedeutung, weil die Note vom 10. März 1952 in dieser Behörde initiiert und ausgearbeitet worden ist; sie wurde Stalin von dort aus zur Billigung vorgelegt. Es liefen in diesem Kontext alle Fäden über den stellvertretenden Außenminister Gromyko zu Stalin, zum Außenminister, zum Politbüro usw.

Für mein negatives Urteil bezüglich der sowjetischen Bereitschaft zur Preisgabe der DDR unter bestimmten Voraussetzungen gibt es zahlreiche Gründe:

1. Nach den intern geäußerten sowjetischen Absichten kam nur ein Gesamtdeutschland nach dem Modell der DDR in Frage.
2. Eine Regelung, bei der die Sowjetunion auf das kommunistische System in der DDR verzichtet hätte, wenn dafür die Westmächte einem Neutralitätsstatus für Gesamtdeutschland zugestimmt hätten, wurde von vornherein prozedural dadurch ausgeschlossen, daß der Friedensvertrag – und damit der Status Deutschlands – auf alliierter Ebene verhandelt werden sollte, während die Frage der inneren Ordnung in Deutschland nach sowjetischem Konzept allein zwischen den Vertretern Westdeutschlands und

Ostdeutschlands besprochen werden durfte und damit von der Zustimmung der SED-Führung abhängig gewesen wäre.

3. Die sowjetische Seite rechnete nach den vorliegenden Dokumenten mit einem westlichen Nein zu ihrer Note und ging nur ein einziges Mal auf die Möglichkeit ein, daß die Westmächte – natürlich unter dem Druck der westdeutschen Volksmeinung, wie hervorgehoben wird – vielleicht aus rein taktischen Gründen darauf eingehen könnten, so daß man dann, um mit dieser Situation fertig zu werden, dagegen bestimmte Vorkehrungen treffen müsse.
4. Das negative Interesse der sowjetischen Seite an Verhandlungen wird verständlich, wenn man sich den intern erklärten Zweck der Note vor Augen hält. Es ging darum, dem Kampf der KPD in der Bundesrepublik gegen das Adenauer-Regime „mächtige Impulse“ zu verleihen, um auf diese Weise den westdeutschen Kommunisten eine Mobilisierung der westdeutschen Massen unter Parolen der nationalen Einheit zu ermöglichen.
5. Aus allen internen sowjetischen Äußerungen spricht eine klare Absage an die Idee des Kompromisses und der Verständigung zwischen Ost und West. Es ging immer nur darum, eine Politik gegen den Westen durchzusetzen, wobei der Sturz der Adenauer-Regierung als entscheidendes Element in diesen Erwägungen fungierte.
6. Das Denken in den sowjetischen Führungskreisen verlief in Gedankenbahnen, wie sie im Auftrage von Stalin auf der Gründungstagung des Kominform im September 1947 festgelegt worden waren, also gemäß den Grundsätzen eines Denkens in zwei einander feindlich gegenüberstehenden Lagern, von denen das eine obsiegen und das andere unterliegen mußte. Aufgrund dieser Logik ist es sehr interessant, in den sowjetischen Dokumenten zu sehen, daß die sozialdemokratische Opposition in der Bundesrepublik als um keinen Deut besser galt als die – ich zitiere – „imperialistische Bourgeoisie“ Adenauers.
7. Wer Gnade in Moskau finden wollte, mußte nicht nur die sowjetische Deutschlandpolitik voll billigen, sondern er mußte des weiteren auch bereit sein zur Unterordnung unter kommunistische Führung. Nach diesem Kriterium verfiel auch die Gesamtdeutsche Volkspartei Heinemanns dem Verdikt. Dieser Partei wurde zugestanden, daß sie in der derzeitigen politischen Phase durchaus den richtigen Kurs vertrete. Aber es hieß zugleich, diese Gruppierung der „fortschrittlichen Bourgeoisie“ sei darum auch gefährlich, weil sie sich mit ihrer richtigen Politik nicht kommunistischer Führung unterordne und so die kommunistische Seite der Bedrohung aussetze, daß die Mobilisierung der westdeutschen „Massen“, an deren Zustandekommen und erfolgreiche Weiterentwicklung man in Moskau glaubte, nicht in die Hände der KPD, sondern in die Hände einer „bourgeoisien“ Kraft falle. Das aber mußte unbedingt verhindert werden.

8. Mit der Kompromißlosigkeit gegenüber allen möglichen politischen Verbündeten innerhalb der Bundesrepublik ging ein Konfrontationskurs durch die DDR bzw. mit deren Hilfe einher. Die Absperrmaßnahmen an der innerdeutschen Grenze, die Forcierung der ostdeutschen Sowjetisierungspolitik und die Kampagne für eine verschärfte Wiederaufrüstung der DDR – alles dies sind Dinge, die dann zwar erst etwas später öffentlich gemacht, aber zu diesem Zeitpunkt bereits fest ins Auge gefaßt worden sind, die also nicht als Reaktion auf enttäuschende Antworten der Westmächte gelten können.
9. Es ist aufschlußreich, daß die notorisch von der Sorge vor dem Entzug der sowjetischen Unterstützung geplagte SED-Führung – ebenso ein so dogmatischer und intransigent sowerjetischer Spitzenfunktionär wie Molotow (dem die Note auch immer wieder vorgelegt worden ist) – keinerlei auch noch so geringe Unzufriedenheit zu erkennen gab. Das aber wäre mit Sicherheit zu erwarten gewesen, wenn die SED-Herrschaft auf irgendeine Weise auch nur andeutungsweise in Frage gestellt worden wäre.

Das sich dem erstaunten Beobachter eröffnende Bild – und ich muß bekennen, auch ich bin ein solcher erstaunter Beobachter gewesen, als ich die sowjetischen Akten einsah –, läßt klar erkennen, daß die sowjetische Deutschlandpolitik im Frühjahr 1952 weder eine diplomatische noch eine propagandistische Aktion gewesen ist, sondern auf innenpolitische Veränderung, d.h. auf Umsturz in der Bundesrepublik mittels der KPD und durch die KPD abzielte. Dabei stellt sich für uns die Frage, wie die sowjetische Führung glauben konnte, daß eine so stark antisowjetisch und antikommunistisch gesinnte Bevölkerung wie die damaligen Bewohner Deutschlands, insbesondere auch Westdeutschlands, überhaupt für ein solches Programm zu gewinnen sein sollte. Wie konnte Stalin hoffen, mit seinen national frisierten Parolen des antiwestlichen Kampfes politische Eroberungen unter den Deutschen zu machen? Warum hat er diese Angel eines deutlich antiwestlich ausgerichteten Wiedervereinigungsangebots, wenn er sie schon auszuwerfen für richtig hielt, nicht wenigstens durch den Anschein von Zugeständnissen an deutsche Demokratie-Wünsche attraktiver zu machen gesucht? Das ist die Frage, die sich dem Historiker stellt und nach meinem Eindruck zugleich die psychologische Erklärung für die durch nichts Konkretes gestützte Ansicht, Stalin könne doch gar nicht gemeint haben, die Deutschen ohne irgendeine Konzession für seine Offerte zu interessieren. Aufgrund der Dokumente will ich versuchen, das Problem in drei Stufen wenigstens teilweise zu beleuchten.

1. Stalin gab, wie aus anderen Archivdokumenten hervorgeht, der Konsolidierung des eigenen Machtbereichs absoluten Vorrang vor allen in Aussicht stehenden Vorteilen der Interaktion mit den Westmächten.
2. Stalin ist nach Ausweis aller vorhandenen Informationen nicht ein Kauf-

mann gewesen, der in der DDR ein Handelsobjekt sah, das man gegebenenfalls gegen Wertvolleres eintauschen konnte. Er gerierte sich vielmehr als politischer Kämpfer, der in der DDR eine politische Bastion sah, die er sowohl zur politischen Verteidigung als auch zum politischen Angriff gegen den Westen benötigte.

3. Noch überraschender ist, daß im Kreml eine fundamentale Fehlwahrnehmung vorlag. Die Leiter der sowjetischen Politik täuschten sich völlig über die Haltung der Deutschen zum Kommunismus, zur Sowjetunion und zu deren Politik. Sie sahen zwar immer wieder im Einzelfalle, daß es bei den Deutschen Schwierigkeiten mit der sowjetischen Politik gab, aber sie haben daraus niemals die Konsequenz gezogen, daß ihr Vorgehen verkehrt sein könnte oder daß man an ihm irgendwelche Korrekturen anbringen müßte, um die Zustimmung des deutschen Volkes zu gewinnen. In ihrer Vorstellung war die eigene Politik von vornherein fraglos dazu geeignet, die Wünsche und Bedürfnisse der Deutschen und anderer Völker zu befriedigen, wenn man nur die richtige Strategie und Taktik bei der Durchsetzung wählte. Es kam daher allein darauf an, die unternommenen Anstrengungen, insbesondere die Aktionen der KPD, zu verstärken, um das Potential der vermeintlich in Deutschland zustimmungsfähigen Politik voll auszuschöpfen und die grundsätzlich vorhandene deutsche Zustimmung faktisch zu realisieren – eine groteske Fehleinschätzung der Situation, deren Existenz wir aber konstatieren müssen, wie verkehrt sie auch gewesen ist.

Das Fazit meiner Forschung ist, daß sich die sowjetische Führung weigerte, auch nur die geringsten Zugeständnisse bezüglich einer irgendwie im Westen akzeptablen Wiedervereinigung Deutschlands ins Auge zu fassen. Das heißt mit anderen Worten: Auch wenn die westlichen Regierungen und die – in ihrer außenpolitischen Handlungsfähigkeit diesen Regierungen nachgeordnete – Bundesregierung unter Adenauer bereit gewesen wären zu einem weitreichenden Entgegenkommen gegenüber Stalin, hätte dies in keiner Weise die Chancen für ein demokratisches Gesamtdeutschland erhöht, mit welchen außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen die westliche Seite auch einverstanden gewesen wäre. Stalin konnte sich – das ist meine Schlußfolgerung aus meinen Dokumentenfunden – nur ein kommunistisches Gesamtdeutschland unter seiner Oberherrschaft vorstellen.

Amtierender Vorsitzender Dirk Hansen: Meine Damen und Herren, ich danke Herrn Dr. Wettig für seine Ausführungen.

(Pause)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse (SPD): Was wir heute morgen gehört haben, war sozusagen abgelagerter Sprengstoff, und das Eigentümliche ist, daß der alte abgelagerte Sprengstoff nichts von seiner Brisanz verloren zu haben scheint. Die alten Schmerzen und die alten Frustrationen sind, vielleicht ist das auch sehr typisch deutsch, immer aktuell. Erlauben Sie,